

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis halbjährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Einzelnachnahme in die Post-Bestellungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je oder deren Raum 10 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Bestimmung-Anzeigen 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Schaf-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 5. Juli 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Vom Bauarbeiterschutz.

In der letzten Zeit hielten mehrere Berufsgenossenschaften ihre Generalversammlungen ab. Von ganz besonderem Interesse sind die Verhandlungen, die in der diesjährigen ordentlichen Genossenschaftsversammlung der Nordöstlichen Baugewerks-Verufsgenossenschaft stattgefunden haben. Dabei ist der Vorsitzende, der Landtagsabgeordnete königl. Baurat Felsch-Berlin, in seinem Geschäftsbericht auch auf das wichtigste Kapitel der Unfallverhütung eingegangen, indem er nach dem Bericht der „Baugewerks-Zeitung“, deren Redakteur Herr Felsch ist, folgendes anführte:

An Unfällen sind im Jahre 1906 zur Anmeldung gelangt 12 706 gegen 12 437 im Jahre 1905. Davon waren entschädigungspflichtig 1973 Unfälle. Es kommt ein entschädigungspflichtiger Unfall

auf 133 Versicherte im Jahre 1906,
128 „ „ „ 1905,
115 „ „ „ 1904.

Somit hat wieder eine erfreuliche Abnahme der Unfälle stattgefunden. Dies ist ein sicherer Beweis dafür, daß wir eine gute Baukontrolle ausüben.

Die in den letzten Worten ausgesprochene Schlussfolgerung ist falsch. Die Tatsache, daß infolge der verschärften Baukontrolle die Zahl der Unfälle abgenommen hat, beweist nur, wie wichtig die Baukontrolle für die Verhütung von Unfällen ist, aber noch lange nicht, daß die Baukontrolle gut oder auch nur genügend ist.

Letzteres wäre erst dann erreicht, wenn erstens alle Bauten genügend oft und genügend gründlich kontrolliert würden, und wenn zweitens die Aufsichtsbeamten so ausgeübt und so gestellt wären, daß sie gegen die Mißstände an den Bauten tatkräftig einschreiten könnten. Beides ist bei den Baugewerks-Verufsgenossenschaften ebenso wenig der Fall wie bei den anderen Berufsgenossenschaften.

Vielmehr steht fest, daß die Zahl der Aufsichtsbeamten bei weitem nicht genügt und noch immer eine sehr große Zahl solcher Unfälle vorkommt, die durch eine wirksame Unfallverhütung zu vermeiden gewesen wären. Deshalb muß trotz der schönen Worte des Herrn Felsch nach wie vor gefordert werden, daß noch viel mehr Aufsichtsbeamte angestellt werden.

Ebenso wichtig ist die sachgemäße Auswahl und richtige Stellung der Beamten. In dieser Beziehung steht es um das Baugewerbe ganz besonders schlimm. Denn die Tätigkeit der staatlichen Aufsichtsbeamten erstreckt sich nicht auf die Bauten, und die Gemeinden füllen diese Lücke auch nicht im mindesten aus. Wir haben daher im Baugewerbe noch immer den unerhörten Zustand, daß die Aufsichtsbeamten einzig und allein von den Unternehmern, also von denjenigen, die sie beaufsichtigen sollen, angestellt werden und abhängig bleiben — die Arbeiter dagegen, um deren Leben und Gesundheit es sich hier handelt, haben kein Wort dabei mitzureden.

Ein solches Verfahren ist geradezu eine Vergewaltigung der Arbeiter. Daher fordern die Arbeiter seit jeher, daß von ihnen ein Teil der Aufsichtsbeamten gewählt werden soll. Und zwar wollen die Bauarbeiter zunächst nur Leute aus ihren eigenen Reihen als Aufsichtsbeamte wählen, deren Zuverlässigkeit und technische Tüchtigkeit sie aus eigener Anschauung kennen und die auch die nötige Erfahrung besitzen, um ganz besonders auf die den Arbeitern am häufigsten drohenden Gefahren zu achten.

In dieser alten, von den Unternehmern stets bekämpften Forderung hat auch die Nordöstliche Baugewerks-Verufsgenossenschaft auf ihrer Jahresversammlung Stellung genommen. Sie widersprach „mit aller Entschiedenheit“ der Heranziehung von Polieren oder Gesellen zur Baukontrolle, weil

1. Poliere und Gesellen die hierzu erforderliche technische und theoretische Vorbildung nicht besitzen und weil die Ueberwachung von Bauten durch nicht genügend ausgebildete Personen mehr Schaden als Nutzen würde;
2. weil feststeht, daß die Arbeiterkontrollen bei ihrer Tätigkeit parteipolitische Zwecke verfolgen und die Eintracht zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern vollends zerstören würden.

Die Versammlung hat dann noch den Genossenschaftsvorstand beauftragt, sämtlichen auf Einführung der Baukontrolle durch Bauarbeiter gerichteten Bestrebungen, wo dieselben auch hervortreten mögen, mit allen gesetzlichen Mitteln entgegenzutreten.

Die Vorwürfe, die hier gegen die Baukontrolleure aus dem Arbeiterstande erhoben werden, sind nicht neu. Schon wiederholt sind sie von den Unternehmern vorgebracht worden; z. B. im vorigen Jahre auf dem 21. Verbandstage der deutschen Baugewerks-Verufsgenossenschaften. Hiergegen legte jedoch die Bauarbeiterkommission in München Protest ein mit folgenden Ausführungen: Die Kommission halte es für ihre Pflicht, auf Grund der Erfahrungen, welche die seit sechs Jahren in München bestehende Einrichtung der Baukontrolleure aus dem Arbeiterstande gezeigt haben, darauf hinzuweisen, daß die maßgebenden Stellen sich bisher stets in günstigen Sinne über die Art dieser Staatskontrolle geäußert haben. Im Jahre 1904 habe der damalige Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Graf v. Posadowsky, in einer Rede im Reichstage erklärt, daß mit den Bau-

kontrollen aus dem Arbeiterstande gute Erfahrungen gemacht worden seien. Ebenso teilte damals der bayerische Minister Graf Felsch mit, die bayerische Regierung habe über die in Bayern angestellten Baukontrolleure eingehende Erkundigungen eingelesen und über das Institut und seine Erfolge nur Gutes gehört. Der Vertreter der württembergischen Regierung auf dem 21. Delegiertentage der Bayerischen Baugewerks-Verufsgenossenschaft, Oberbaurat Hinderlein, sprach sich dahin aus: Das Ministerium habe den Versuch mit Aufsichtsbeamten aus dem Arbeiterstande gemacht und sei mit dem Ergebnis zufrieden. Es habe sich in keiner Weise gezeigt, daß dadurch einer sozialdemokratischen Propaganda in die Hände gearbeitet wurde.

Dem fügte die Kommission hinzu, daß die Kontrolle der Bauten durch die Aufsichtsbeamten aus dem Arbeiterstande weit intensiver und dadurch wirksamer ist als durch die Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften. Die 10 städtischen Baukontrolleure aus dem Arbeiterstande hatten im Jahre 1905 an 2990 Arbeitstagen 3002 Bauten 33256mal kontrolliert, also jeden Bau durchschnittlich 11mal. Die 9 technischen Aufsichtsbeamten der Bayerischen Baugewerks-Verufsgenossenschaft hatten in derselben Zeit von 2656 Arbeitstagen an 2183 Tagen Bureauarbeit zu verrichten, so daß nur 473 Tage für Betriebskontrollen übrig blieben. Bei den vielfachen Veränderungen der Baugerüste ist dies entschieden ungenügend. Es kommt dazu, daß jene Zeit nicht lediglich der Kontrolle der oben angeführten Bauten gewidmet, sondern auch für alle jene Betriebe (13 634) verwendet wurde, die zurzeit der Bayerischen Baugewerks-Verufsgenossenschaft unterstellt sind. Es wurden nach dem Bericht dieses Beamten im ganzen — 57 Proz. dieser Betriebe revidiert. Demgemäß konnte die Kommission mit Recht die Tätigkeit der Baukontrolleure aus dem Arbeiterstande als erprießlich bezeichnen.

Diese Tatsachen vermöchten selbstverständlich auch die Herren der Nordöstlichen Baugewerks-Verufsgenossenschaft nicht im mindesten zu widerlegen. Der Bericht der „Baugewerks-Zeitung“ schweigt sich denn auch hierüber vorsichtigerweise vollständig aus. Trotzdem werden die alten als unbegründet erwiefsenen Vorwürfe von neuem erhoben. Dies beweist, wie sehr die Herren eine wirklich ernsthafte Kontrolle der Bauten fürchten und muß eine Mahnung für die Bauarbeiter sein, die Baukontrolle selbst in die Hand zu nehmen und alle Mißstände an den Bauten zur Kenntnis ihrer Vertrauensleute zu bringen. Auf diese Weise zeigen sie den Baugewaltigen am deutlichsten, daß sie sich in bezug auf die Baukontrolle nicht länger rechtlos machen lassen und so oder so an der Unfallverhütung mitarbeiten.

Dr. Arendt in der Peters-Falle.

Man schreibt uns:
 In der heutigen Nummer des „Vorwärts“ bezweifeln Sie, daß der Abgeordnete Dr. Arendt, wie die „Post“ berichtet, nur den authentischen Wortlaut der Aussage der Frau Kayser in München abwartet, um dann in einer Erklärung dazu Stellung zu nehmen und gleichzeitig der Staatsanwaltschaft die Gelegenheit zu unterbreiten. Mit Bezug hierauf möchte ich mir zunächst die Bemerkung gestatten, daß Sie Herrn Dr. Arendt insofern offenbar, wenn auch zweifellos unabsichtlich, Unrecht tun, als Sie anscheinend die Zielgewandtheit dieses Herrn nicht genug würdigen. Herr Dr. Arendt weiß sicherlich, daß die beste Verteidigung der Angriff ist. Ich begreife es daher vollkommen, daß Herr Arendt nicht zögern möchte, in dieser für ihn immerhin doch nicht gerade angenehmen Situation — ja wenn doch nur nicht das Tagebuch des Direktors Kayser existierte und weiterhin nicht der Dienstbote da wäre, der den Vorfall, so wie ihn Frau Kayser geschildert hat, belunden soll! — dieses probate Mittel anzuwenden.

Zu dieser für die Öffentlichkeit allgemein ganz interessant gewordene Sache gestalte ich mir sodann aber für die erwünschte Klärung des zurzeit bestehenden Widerspruchs zwischen den eiblichen Aussagen des Dr. Arendt und der Frau Kayser folgendes anzuführen:

Wenn ich mich des Inhalts der Zeitungsnachrichten über den Besuch des Dr. Arendt bei dem erkrankten Direktor Dr. Kayser recht erinnere, hat Dr. Arendt in dem Peters-Prozess und wiederholt davor den nach dem Tagebuch des Dr. Kayser, nach Aussage der Frau deselben und nach dem nach abzulegenden Zeugnis eines Diensthilfen stattgehabten Vorgang bestritten, daß nämlich sein damaliger Besuch beim Direktor Kayser in dessen Privatwohnung mit seinem — Dr. Arendts — Hinanwurf endete. Dr. Arendt hat stets für die einfache Unmöglichkeit dieses Vorfalls darauf hingewiesen, daß auch nach diesem Besuch Dr. Kayser mit ihm verkehrt und die Verhandlungen in Sachen Peters, welche in seiner Privatwohnung (!) begannen, später im Kolonialamt (!) fortgeführt habe. Dieser wiederholte Hinweis des Dr. Arendt zieht zwar im ersten Moment und lam auch Zeiten, welche die in Betracht zu ziehenden Verhältnisse nicht in Betracht zu ziehen vermögen, beweiskräftig genug erscheinen, um die Aussage der Frau Kayser für unrichtig zu halten. In Wirklichkeit aber ist dieser für einen Moment strappierende Hinweis des Herrn Dr. Arendt absolut nicht geeignet, die Erklärung der Frau Kayser, unterstützt durch die Aufzeichnung ihres Mannes und eventuell noch durch die Aussage eines weiteren Zeugen, irgendwie zu entkräften. Man muß in richtiger Würdigung der von Herrn Arendt angeführten Tatsache der Fortführung der Verhandlungen zwischen ihm und

Dr. Kayser nach jenem von ihm bestrittenen Vorfall unterscheiden zwischen dem Privatmann Kayser und dem Beamten Kayser. Wenn auch Dr. Kayser den Dr. Arendt aus seiner Wohnung gewiesen hatte — ein solcher Vorfall pflegt allerdings das Äußere freundschaftlicher Beziehungen und das Einsteilen von Besuchen in der Privatwohnung zur Folge zu haben —, so bestand deswegen für Herrn Kayser noch nicht Veranlassung, dienstlich im Kolonialamt mit Herrn Dr. Arendt nicht mehr zu verhandeln. Im Gegenteil, Dr. Kayser war als Beamter zu einem amtlichen Verhandeln mit Herrn Arendt sogar verpflichtet! Sicherlich ist diese Pflicht des amtlichen Verkehrs mit Dr. Arendt dem Dr. Kayser nach jenem Vorfall nicht gerade eine angenehme gewesen. Dennoch aber müßte er diese ihm als Beamten obliegenden Pflichten volens und selbstverständlich auch unter Beobachtung nicht nur der gewöhnlichen, sondern sogar besonderen Höflichkeitsformen Herrn Arendt gegenüber erfüllen. Denn Herr Dr. Kayser hatte es nicht mit einem simplen Staatsbürger oder gar Untergebenen zu tun, für den man meist nicht zu sprechen ist und den man kühl und mit nichtsagenden Worten abfertigen kann, sondern mit einem Mitgliede des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses. Noch dazu mit einem Mitgliede der konservativen Fraktion, mit einem, wie der kluge Direktor Kayser sehr wohl wußte und zu berücksichtigen verstand, und wie hier besonders hervorgehoben sein mag, der Regierung außerst genehmen Herrn, der ganz vorzügliche Beziehungen nach oben hin besaß und dessen Tätigkeit, wie ein früheres hervorragendes Mitglied des Reichstages in für Herrn Arendt allerdings nicht gerade freundlicher Weise erwähnte, und Herrn Dr. Kayser auch wohl nicht unbekannt war, besondere Anerkennung fand. Mit einer Person also, die man nicht grob, mit Fausthandschlägen ansassen, sondern nur zart und fein, mit Glasochschißen, berühren durfte.

Daß Dr. Kayser nach jenem Vorfall in seiner Privatwohnung als Beamter mit Herrn Dr. Arendt nur so verhandeln konnte, wie er verhandelt hat, dürfte also jedem einleuchten. Mit jenem Vorfall in der Privatwohnung des Dr. Kayser hat aber der spätere amtliche Verkehr des letzteren mit Herrn Arendt nichts zu tun.

Wenn der Abg. Arendt daher zur Widerlegung der von Frau Kayser geschilderten Szene auch jetzt noch in der „Post“ unter Vorlegung eines Briefwechsels zwischen ihm und Dr. Kayser betont, daß auch nach seinem Besuche in der Kayserischen Wohnung im Amt diese Verhandlungen in der höflichsten und liebenswürdigsten Form geführt sind, wie das nach der von Frau Kayser geschilderten Szene einfach nicht denkbar wäre, so befindet sich Herr Arendt, wie wir annehmen, ausnahmsweise in einer Selbsttäuschung. Jeder Unbefangene und vielleicht auch die Staatsanwaltschaft wird erkennen, daß dieser Hinweis Arendts, wenn er ihn auch noch so oft wiederholt, die Erklärung der Frau Kayser nicht zu erschüttern vermag. Das von der Frau Kayser behauptete Hinanwerfen des Herrn Dr. Arendt aus seiner Wohnung besorgte Herr Dr. Kayser als Privatmann. Bei dem nach diesem ungewöhnlichen Hinanwurfkomplimentieren zwischen Dr. Arendt und Dr. Kayser gepflogenen Schriftwechsel und ebenso bei dem späteren Empfang des Dr. Arendt durch Dr. Kayser im Amt fungierte letzterer als Beamter. Für Herrn Dr. Kayser als Privatmann war nach dem betreffenden Vorfall Herr Dr. Arendt begreiflicherweise erledigt, für Herrn Kayser als Beamten war Herr Dr. Arendt ebenso begreiflicherweise es nicht, weil dies nicht in seiner Macht lag.

Hiernach möchte ich es doch nicht für ganz ausgeschlossen halten, daß, wie Sie meinen, Herr Dr. Arendt sich doch noch bekennt, diese Angelegenheit der Staatsanwaltschaft zu unterbreiten. Im übrigen aber wäre dieser Schritt des Herrn Dr. Arendt gar nicht erst nötig, wenn nämlich die Zeitungsnachrichten zutreffend sind, daß die Staatsanwaltschaft auf diese Sache bereits ein Auge geworfen hat.

Keine Beseitigung der Dreiklassen-schmach?!

Ein freisinniger Parlamentarier soll die Vermessenheit gehabt haben, dem Fürsten Witlow zu erklären, der Freisinn wolle für seine Hochheferrdienste nicht nur die Speisensarte sehen, sondern auch liberale Gerichte vorgelegt erhalten. Nicht nur Suppe, sondern auch Gemüse und Fleisch. Bis jetzt hat er nur die Speisensarte erhalten, auf der obendrein nur die magersten Wasserruppen verzeichnet standen. Endlich schien es, als wolle ihm die Regierung etwas Besseres vorsehen: eine preussische Wahlreform. Schließlich war es äußerst fraglich, was sich in dieser verdorbenen Schüssel vorfinden werde. An die Einführung des allgemeinen und gleichen direkten Wahlrechts, von dem geheimen Wahlrecht gar nicht zu reden, mochten selbst die verwegendsten Missionäre des Freisinn nicht glauben. Aber die geheimnisvolle Schüssel hätte immerhin den dem Freisinn besonders appetitlichen Wissen einer einigermaßen gleichen Wahlfreieinteilung enthalten können. Die bestlose Klasse wäre dabei ja wiederum der geprellte Teil gewesen, während die liberale Bourgeoisie den Hauptgewinnst gehabt hätte. Aber da erklärte schlauestenfalls der freikonservative Herr v. Jeditz mit unüberhöllstem Sohne, daß der Freisinn nicht einmal an eine solche Reform denken dürfe, die doch gar keine demokratische Konzeption bedeutete hätte, sondern nur eine Gleichstellung des mobilen Kapitals mit dem Agrarierstum. Und nun soll es

mit einer noch so düstigen Reform des elendesten der Wahl-systeme überhaupt nicht sein! Das Auftragen der verdeckten Schüssel soll nur eine Rederei für den oft genarrten hungernden Freisinn gewesen sein! Schreibt doch eine gelegentlich offiziös gepfeifte Korrespondenz:

Vor einiger Zeit ging durch die Presse die Nachricht, daß die preussische Regierung beabsichtige, dem Landtage einen Entwurf über Abänderung des Wahlrechtes in Preußen vorzulegen, der eventuell bei den nächsten Neuwahlen im Herbst 1908 schon in Kraft treten sollte. Wie wir aus bester Quelle hören, ist die Nachricht ungenau, man denkt in absehbarer Zeit gar nicht daran, das Wahlrecht, das sich bisher bewährt hat, zu ändern. Zunächst ist eine kleine Wahlreform im Frühjahr 1906 erst vom Landtage genehmigt worden. Die in diesem Gesetze ausgesprochene Veränderung in verschiedenen Wahlkreisen und Vermehrung von vier Wahlkreisen tritt erst im Herbst 1908 bei den Neuwahlen in Kraft, zunächst wird man die Wirkung dieser Veränderung abwarten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Neuwahlen in den neu eingeteilten Berliner und rheinisch-westfälischen Kreisen auch beim Dreiklassenwahlrecht Sozialdemokraten in den Landtag bringen, da nach dem ebenfalls im Gesetz von 1906 eingeführten neuen Abstimmungsmodus bei der Wahl vom 27. November 1906 in Berlin III die Sozialdemokraten nur fünf Stimmen weniger erhielten wie der freisinnige Kandidat und die neue Berliner Wahlkreiseinteilung eigentlich der Sozialdemokratie nur zugute kommt. Die Staatsregierung denkt jetzt daher gar nicht daran, das Dreiklassenwahlrecht abzuändern, ehe die Wahlreform von 1906 geändert hat, wie sie sich bewährt. Eine neue dem Landtage vorzulegende Wahlreformvorlage müßte auch die Vorlage von 1906 teilweise außer Kraft setzen, ehe sie überhaupt in Kraft getreten ist. Es würde sich auch nicht empfehlen, dem Landtage im Herbst eine solche umfangreiche und wichtige Vorlage zu unterbreiten, nachdem beabsichtigt ist, die Beamtenaufbesserungsentwürfe dem Landtage vorzulegen und den Landtag nach Erledigung dieser Entwürfe und des Staatshaushaltsplans bereits im Frühjahr zu schließen, damit er rechtzeitig in die Wahlkampagne eintreten kann.

Die Meldung klingt nur zu wahrscheinlich. Sie entspricht ganz der bisherigen Behandlung des Freisinns durch die Regierung und die Rechtsparteien!

Und wenn sich nicht die Massen ernstlichst rühren, wird sich der Freisinn auch diese neueste Brückierung seelenruhig gefallen lassen! Es ist die allerhöchste Zeit, daß nun endlich einmal die entrechteten Kreise innerhalb des Freisinns selbst die führenden Bourgeoiskreise aus ihrem politischen Dämmerzustand wecken! Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine haben ja auf ihrer letzten Generalversammlung die Forderung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts für Preußen erhoben! Werden sie nun der Parteileitung begreiflich machen, daß sie endlich auch ihre Interessen vertreten zu sehen wünschen?! Sie haben die sozialdemokratische Taktik des ungestümen Drängens für falsch gehalten, sie haben die Schacherakt der Blodbrüderung sanktioniert in der Hoffnung, auf diesem Wege Reformen zu erlangen. Jetzt können sie ja zeigen, daß die Blodbrüderung nicht nur den Weizen der Brot- und Fleischwucherer, der scharfmacherischen Ministerstürzer blühen läßt, sondern auch der Arbeiterklasse Vorteile bringt! Mögen sie also dem Freisinn jetzt den Rücken steifen, damit er auch seine Versprechungen auf eine liberale Ära einlöst!

Das sozialdemokratische Proletariat wird es an der Unterstützung der freisinnigen Arbeiterforderungen nicht fehlen lassen! Es wird auch den Zentrumsproletariats begreiflich machen, daß Reich und Staat doch nicht allein dazu da sind, Panzerplattenpatrioten und Kolonialspekulanten zu mästen und den aufstrebenden Massen durch Volksverdummung und behördliche Vergevaltigung die ihnen gebührende Anteilnahme an Wohlstand und Kultur zu erschweren!

Wie lange noch will sich das deutsche Proletariat als Delaten behandeln lassen?!

Heraus mit den Peters-Akten!

Während der größere Teil der nationalliberalen Presse über die erneut aufgedeckten Skandalosafas des Peters-Prozesses den Mantel kolonialchristlicher Nächstenliebe breitet oder gar mit der Arendt-Meute um die Wette den blutrünstigen Gewaltmenschen huldigend umhüllt, schlägt die „Kölnische Zeitung“ andere Töne an. Begreiflicher Weise! Ist doch auch ihr die Ehre widerfahren, von dem neuerdings wieder besonders tatensüchtig gewordenen Afrkaner verklagt zu werden. Dieser Prozeß kann ebenfalls sehr interessant werden, falls es nicht dem heiligen Paasche und anderen Peters-Intimen gelingt, den derzeitigen Kampfesfeind des nationalliberalen Blattes zu beschwichtigen. Denn der „Köln. Zeitg.“ stehen noch ganz andere Mittel zu Gebote, den Peters und seine Betreuer zur Strecke zu bringen. Das beweist ja schon die geübliche Abführung des „Sachverständigen“ Liebert.

Einstweilen ist die „Köln. Ztg.“ noch voller Enthüllungseifers. Sie verlangt mit aller Entschiedenheit die endliche Vorlegung der Peters-Akten. Der „Voss. Ztg.“ wird aus Köln gemeldet:

Köln, 4. Juli. (Fig. Drahtf.) Die „Köln. Ztg.“ fordert an leitender Stelle angefaßt des Angehanges des Peters-Prozesses die Regierung auf, endlich der Peters-Partei energisch entgegenzutreten und zwar dadurch, daß sie das Verhalten ihrer Beamten und Behörden rechtfertigt durch Vorlegung der Geheimakten Peters. Nach dem Verlauf dieses Prozesses könne der Staat dem Treiben der Anhänger des Herrn Dr. Peters nicht mehr ruhig zusehen. Im bei späteren Prozessen die Vorlegung der Peters-Akten zu erreichen, lämen zwei Wege in Betracht, entweder die Akten werden einer Reichstagskommission zur endgültigen Beurteilung überwiesen oder es werde gegen die Abgeordneten Dr. Arendt und General v. Liebert wegen ihrer Äußerungen gegen den Disziplinarhof und die Disziplinarakten auf Grund des Strafgesetzbuches wegen Verächtlichmachung von Staats-einrichtungen das Verfahren eingeleitet, bei dem das ganze Material vorgelegt wird, das dem Disziplinargerichtshöfen bei der Urteils-fällung vorgelegen hat. Der „Köln. Zeitg.“ scheint der erste Weg der richtigere. Es sei verständlich, daß die Reichs-regierung sich schone, das betreffende Material preiszugeben, weil im Falle Peters die Verunsicherungspolitik zweifellos eine außer-ordentliche Rolle gespielt habe und vermutlich diese Material gegenüber die vorgeschriebene teilweise Rehabilitierung des Herrn Peters sich schwer rechtfertigen lasse. Aber ein Prozeß, wie derjenige, der sich jetzt in München abspielt, sei so sehr geeignet, das Ansehen der Reichsregierung und insbesondere der Kolonial-verwaltung im Inlande und Auslande zu untergraben und der Sozialisten Wasser auf ihre Mühlen zu liefern, daß die Reichsregierung wegen keiner Bedenken nicht mehr unterlassen dürfe, eine endgültige Klärung und Er-ledigung des Falles Peters herbeizuführen.

Die „Köln. Ztg.“ erklärt es also für „zweifellos“, daß selbst den Disziplinarakten nur ein Teil des in den

Geheimakten enthaltenen Materials vorgelegen hat. Schon damals habe die „Verunsicherungspolitik“ eine große Rolle gespielt! Das halbamtliche Blatt schreibt natürlich nicht ins Blaue hinein, es hat sicher Beweise für seine Behauptungen!

Freilich deutet das Blatt an, daß nicht nur die Rücksicht auf die unheimliche Macht der agrarisch-freikonservativen Neben-regierung der Regierung die Herausgabe der Geheimakten schwer macht, sondern auch die Rücksicht auf die „teilweise Rehabilitierung“ des durch die Geheimakten sicherlich noch weit schwerer belasteten Hänge-Peters. Mit dieser teilweisen Rehabilitierung ist nämlich nicht etwa das Münchener Urteil gemeint, sondern jene von der Arendt-Klasse in unerträglich skrupelloser Bäharbeit durchgesetzte kaiserliche Verfügung, durch die dem Peters wieder Rang und Titel eines Reichskommissars verliehen wurde! Man sieht, in welch peinlichem Dilemma sich die Regierung befindet. Einerseits kann sie unmöglich zwei Richter-kollegien ungeahndet in der unerhötesten Weise beschimpfen lassen — andererseits aber möchte sie aber auch einem Manne nicht den letzten Gnadenstoß versetzen, der erst von allerhöchster Stelle aus — freilich nicht juristisch! — rehabilitiert worden ist! Geschehen muß aber etwas. Schreibt doch auch die „Voss. Zeitung“:

„Das Auftreten der Herren Arendt und v. Liebert im Peters-Prozeß, deren Äußerungen und die des Herrn Peters selbst und seines Anwalts über die Disziplinarurteile haben allenthalben derartiges Aufsehen erregt, daß mit Recht gefragt wird, was die Reichsregierung dieser Herabwürdigung der Disziplinar-gerichte gegenüber zu tun gedenkt. Man braucht sich nur vorzu-stellen, was einem Sozialdemokraten geschehe, wenn er Richter-sprüche, an denen eine Reihe hochangesehener Männer, auch der oberste preussische Richter mitgewirkt haben, als Justizwort und Schandfleck für das deutsche Volk bezeichnet. Man braucht sich weiter nur zu vergegen-wärtigen, in welchem Maße dieses Gebaren „staatsverhaltender“ Herren von der Sozial-demokratie in Zukunft gegen die Justiz und zumal gegen die Disziplinarrechtsprechung aus-gedeutet werden kann. Und man wird ohne weiteres zu-gedenken müssen, daß die Regierung sich nicht einfach in Schweigen hüllen kann, als ginge sie die ganze Angelegenheit nichts an.“

Wie mag da wieder intrigiert und gewußt werden, um dem Durchbruch der Wahrheit den Weg zu verbauen!

Politische Ueberblick.

Berlin, den 4. Juli 1907.

Verbrauchte Männer.

In den sogenannten „maßgebenden“ Kreisen scheint noch immer kräftig intrigiert zu werden. Fast täglich bringen die Blätter, die zu den einander befehdenden Kamarillen mehr oder weniger gute Beziehungen unterhalten, allerlei Nachrichten über bestehende Gegen-sätze in den verschiedenen Ministerien und demnachstige Ver-abschiedungen hoher Beamten. So heißt es z. B., daß noch vor dem Zusammentritt des Reichstages der Staatssekretär von Eschrich seinen Abschied nehmen werde. Er soll sich mit dem Reichszentralrat über die Stellungnahme zu verschiedenen Fragen der auswärtigen Politik nicht einigen können. Sein Ver-hältnis zum Fürsten Wilow hat sich, wie es heißt, in letzter Zeit noch ungemühtlicher gestaltet, als das des Grafen Koladowitsch zum Kanzler; denn, wie das nicht selten der Fall ist, schließen beide sich für die schönen Wählerfolge der deutschen Auslands-politik gegenseitig die Schuld zu.

Auch der Staatssekretär des Reichsschatzamt, Frhr. v. Stengel, soll gewillt sein, im Herbst aus den bekannten Gesundheitsrück-sichten sein Abschiedsgesuch einzureichen, um einer etwas energischeren Persönlichkeit Platz zu machen. Die Lage des Reiches zwingt dazu, im kommenden Winter neue Steuerquellen zu erschließen, zumal eine weitere Beschleunigung der Flottenbauten geplant ist. Solche Steuerbewilligungen durchzusetzen, dazu hält man aber nach den Erfahrungen bei der vorjährigen Reichs-finanzreform, bei der sich Herr v. Stengel belanntlich die Leitung völlig durch das Zentrum und die Rationalliberalen aus der Hand nehmen ließ, den jetzigen Reichsschatzamtsekretär nicht für geeignet. Es wird deshalb nach einer schneidigen Persönlichkeit Umschau ge-halten. Wieleicht ist sie schon gefunden? —

Ein großer Mißhandlungsprozeß

Am Mittwoch vor dem Kriegsgericht der 1. Gardebivision zur Verhandlung. Unter der schweren Anklage, sich in mindestens 59 Fällen an Untergebenen vergriffen zu haben, sah der Unteroffizier Seide von der 7. Kompanie des Garde-Füsilier-Regiments auf der Anklagebank. Außerdem wurden ihm noch drei Fälle des Mißbrauchs der Dienstgewalt, drei Fälle vorchristlicher Behand-lung Untergebener und zwei Fälle der Unterschlagung zur Last gelegt. Seide ist noch ein junger Unteroffizier. Die Miß-handlungen, die in der gestrigen Verhandlung zur Aburteilung gelangten, hat er im Laufe dieses Jahres an seinen Rekruten verübt. Aber auch schon im Herbst vorigen Jahres, als S. noch Gefreiter war und bereits eine Korporalschaft führte, soll er sich Uebergriffe haben zuschulden kommen lassen. Wie der Ver-treter der Anklage ausführte, hat der Unteroffizier die Mißhand-lungen systematisch vorgenommen. Bei jeder Gelegenheit schlug er die Mannschaften und in einzelnen Fällen legte er große Noheit an den Tag. Ganz besonders schien er es auf den Fällier Schröder abgesehen zu haben. Die Anklage wirft ihm vor, den Sch. in mindestens 22 Fällen mißhandelt zu haben. Morgens beim Anretren ließ er ihn häufig vor die Brust, daß er gegen die Betten slog. Auch mit Ohrfeigen traktierte er den Rekruten. Am dem Fällier Krote II hat sich der Angeklagte mindestens fünfmal tödlich vergriffen. Einmal ließ er ihn den Gewehrstoßeln in die Kniekehle, ein anderes Mal schlug er ihn mit der Faust unter den Kinn und bei zwei anderen Gelegenheiten schloß er ihn am Ohr und schloßte ihn auf diese Weise auf der Mann-schaftsstube umher. Die Rekruten Kries und Golba erhielten wieder-holt Schläge ins Gesicht und Stöße in den Rücken. In zahlreichen Fällen verfehrte der Unteroffizier seinen Untergebenen Stöße, so daß sie gegen die Betten slogen. Die sämtlichen Mann-schaften der Korporalschaft des Angeklagten waren seitens des Vor-gesehten fortwährender Mißhandlungen ausgesetzt. Sie waren auch alle zur gestrigen Verhandlung als Zeugen geladen. Bei den un-bedeutendsten Versehen schlug S. zu. Im großen und ganzen war S. gestern geständig. Einen besonders groben Fall des Mißbrauchs der Dienstgewalt nahm das Gericht in folgendem Vor-gang an: Eine Hufe, für die der Angeklagte verantwortlich zu machen war, war abhanden gekommen. Der Unteroffizier kam nun auf einen seltsamen Einfall, um sich vor Schaden zu bewahren. Er ließ unter den Leuten seiner Korporalschaft sammeln. Die einzelnen Soldaten, und zwar nur die Rekruten, mußten Beiträge von 40, 50 und 60 Pfennigen beisteuern. Einer „spendete“ sogar zwei Mark. Von dem gesammelten Geld — es waren im ganzen 9 M. — wurde dann ein neues Beinblech angeschafft. Von zwei Fällierern ließ sich der Vorgesetzte Geld zur „Aufbewahrung“ übergeben und verbrauchte es für sich selbst. Als er einmal mit seinem Stiefeln in Schmutztauen war, ließ er sich von dem Fällier Mittag dessen gute Schuhe geben und ging damit aus. Er trug die Stiefel des Untergebenen sechs Wochen hindurch. Als ihn der Fällier einmal

hat, er möchte doch die Schuhe wieder zurückhaben, da er sie zum Sonntag tragen möchte, erwiderte ihm der Unteroffizier, er solle seine Dienstschuhe anziehen. Nach längerer Beweisaufnahme er-achtete das Kriegsgericht den Angeklagten für überführt und ver-urteilte ihn zu einer Gesamtstrafe von ein Jahr Gefängnis. Gleich-zeitig sprach der Gerichtshof auch die Ehrenstrafe der Degradation und der Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes gegen den Unteroffizier aus.

Außerdem hatte sich das Kriegsgericht der 1. Gardebivision gestern noch mit zwei weiteren Mißhandlungsprozessen zu befassen. Von der 9. Kompanie des Garde-Füsilier-Regiments stand der Unteroffizier Hahn wegen Mißhandlung unter Anklage. Einige Tage vor der Jahrsparade hatte der Angeklagte dem Garde-Füsilier Krause den Befehl erteilt, seine Stiefel auf der Werkstatz in Ordnung bringen zu lassen. Der Handwerker hatte dies aber verheimlicht und als der Fällier dies dem Unteroffizier mitteilte, rief dieser: „Warte nur, du Kack!“ Er ließ dann den Untergebenen fortwährend in der Mannschafsstube auf und ab laufen und als ihm K. nicht rasch genug lief, mußte er sich siebenmal auf- und niederwerfen. Dabei trat der Angeklagte dem Mißhandelten einige Male mit dem Fuße ins Gesicht. Hierauf mußte K. weiter laufen, bis er schließlich erschlaffte. Zuguterletzt warf ihm der An-geklagte noch einen Schmel an den Unterschenkel. Das Gericht erkannte gegen H. auf eine Mittelarreststrafe von vier Wochen. — Die gleiche Strafe erhielt der Unteroffizier Koschay von der 1. Kompanie des Garde-Pionier-Bataillons. Im Februar hatten die Pioniere in Rixdorf Schnee geschöpft. Dem Pionier Frei war an dem betreffenden Tage nicht wohl und vor dem Heimmarfch trank er zwei Schnäpse und zwei Glas Bier. In etwas angetrunkenem Zustande kehrte er dann in die Kaserne zurück. Der Unteroffizier K. ließ nun den Pionier, der sich gerade zu Bett legen wollte, wieder anziehen und befahl ihm, ein Paar Schuhe zu putzen. K. mußte sich den Mantel überziehen, den Kragen hochschlagen und sich an den fast glühenden Ofen heransetzen. Nach der Anklage hat dann der Unteroffizier den Soldaten zweimal geohrfeigt. K. fiel schließlich halb ohnmächtig vom Schmel herunter und mußte von Kameraden zu Bett gebracht werden. Der Angeklagte wurde ebenfalls zu vier Wochen Mittelarrest verurteilt. —

Peters-Kultus.

Die guten „frommen“ Stöcker-Leutchen gehen selbst-berständlich mit Peters durch die und dumm. „Der Reichsbote“ zum Beispiel gibt „Schattenbilder“ aus dem Peters-Prozesse“ zum besten: Der Schatten fällt auf die bösen Menschen, die nicht einsehen wollen, daß „Hängepeters“ ein Mensch ohne Tadel, ein Mann mit blütenweißer Kolonialweste ist, und das Licht fällt natürlich auf Jhn, Jhu, den Herrlichsten von allen, dem die bösen Sozies so übel mißspielten, der nun aber nach dem Münchener Prozeß rein und lauter wie ein Engel das mit strahlendem Heiligenschein umgebene Haupt in die Höhe heben darf.

Schade, daß die Peters-Enthusiasten vom „Reichsbote“ nicht katholischer Obervanz sind, sonst wäre ein neuer Heiliger fertig: Peters sanctissimus.

Besonders spähig an der Peters-Verhimmelung des „Reichsbotes“ ist der Teil, der da von den Sozialdemokraten und ihrer ruchlosen Verworfenheit handelt. Wir zitieren:

„Wenn selbst das Schlimmste wahr wäre, was sie (Rebel und Gruber) ihm (Peters) verzeiht vorwerfen, so hätte er ja nur als echter Sozialdemokrat gehandelt. Er wäre ein Herren-mensch nach dem Vorbilde der Reichsdeutschen Philosophie, die uns der Sozialismus und der „Kortwärts“ als höchste, neueste Er-zungenschaft preisen; er hätte den von derselben Seite em-pfohlenen Kampf ums Dasein in gleichem Sinne geführt, er hätte mit den Regereitern gelebt, wie es Rebel mit seiner Propaganda für die freie Liebe empfiehlt, und er wäre schließlich mitten im Kriegszustande weniger grausam gewesen, wie die sozialistische Revolution, die unendlich kaltblütiger, blutrünstiger trotz des bürgerlichen Friedens Helatomben von unschuldigen, feig gemordeten Opfern des eigenen Landes ihrer Herrschaft und ihren Wackzwecken hinschleht. Man braucht nur noch Russland und den baltischen Provinzen zu blicken, um zu wissen, wie sie es hält, wo sie die Macht zu haben glaubt. Daß sie Rebel und Genossen noch bei und nicht besitzen, daß noch nicht gleiche, wilde Zustände des revolutionären Faustrotts auch bei uns herrschen, ist vielleicht ihr Schmerz, aber nicht ihr Verdienst. In den russischen Vorgängen haben sie aber nicht nur ideellen, sondern auch politischen Anteil.“

Was man von einem Blatte wie „Der Reichsbote“ doch alles lernen kann! Ein echter Sozialdemokrat ist — Reichsheaner. Das ist so „geistreich“, als wenn man sagen wollte: Ein echter preussischer Hofprediger ist — Atheist. Weiter: Rebel „empfiehlt“, daß man sich ein Schod Regereit-weißer hält, denen fünfmal täglich eine Tracht Mißferd-peitischen „Liebeslösung“ zu applizieren ist. Ist man der einen oder der anderen überdrüssig, so hängt man sie an der nächsten Straßenlaterne auf — wenn möglich, mit dem Kopf nach unten.

In der russischen Revolution wollen wir uns nicht durch Eingehen auf den letzten Teil der oben zitierten „Reichs-boten“-Emanation veründigen. Wir haben jene Sätze nur mit angeführt, um zu beweisen, daß man in der Tat nicht nur in Afrika, sondern auch in der Dessauerstraße zu Berlin einen echten Tropenkoller mit allen Schifanen erleben kann. —

Die Windthorstbündler.

In Bielefeld hat jüngst der Vertretertag des Verbandes der Windthorstbunde Deutschlands stattgefunden. Die Windthorstbunde sind vor 13 Jahren gegründet worden zu dem Zweck, die „Besseren“, namentlich die akademischen Kreise zur politischen Mitwirkung im Dienste des Zentrums heranzuziehen. Der Verband zählt heute in 104 Bunden 8400 Mitglieder. Der Geschäftsbericht sagt über die hier und da zutage tretende Gleichgültigkeit und Teil-nahmlosigkeit der gebildeten Kreise und eines Teils der Zentrums-presse. In der Diskussion wird bedauert, daß die Geistlichkeit noch vielfach der Sache des Bundes recht kühl und gleichgültig gegen-überstehe, auch das Verhältnis zu den örtlichen Parteileitungen lasse noch viel zu wünschen übrig. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete die Frage, ob der Windthorstbund konfessionell oder interkonfessionell sein soll. Es liegt ein Antrag von Essen und Breslau vor, den Windthorstbunden sätungs-gemäß einen katholischen Charakter zu geben. Die Ver-bandsleitung und mit ihr die Zentrumsfraktion tritt dem ent-gegen, weil sie nicht will, daß eine ausgesprochene Zentrums-organisation wie der Windthorstbund sich auf konfessionell katholischen Boden stelle. Bekanntlich legt das Zentrum Wert darauf, als eine politische, nicht als eine katholische Partei zu gelten. Im Sinne der Verbandsleitung wurde die Sache dann entschieden.

Der Abgeordnete Herald hielt sodann eine Rede über die politische Lage. Er bedauert, daß durch die Reichstagsauflösung und den Kampf der Regierung gegen das Zentrum die konfessionellen Gegensätze verschärft worden sind, daß dadurch auch ein Teil ge-trieben worden ist zwischen den staatsverhaltenden

Bürgerlichen Parteien, die man sonst nicht eifrig genug zur gemeinsamen Bekämpfung der Sozialdemokratie aufrufen konnte. Sodann trat der Redner der hier und da laut gewordenen Anschauung entgegen, das Zentrum solle in Zukunft der Regierung nicht mehr so weit entgegenkommen, es solle mehr Rückgrat zeigen. Aber es gehe, wie man das bei den Kämpfen um den Volkstaxi und bei dem Volksschulgesetz gesehen habe, manchmal mehr Mut dazu, gewissen Forderungen einer Gefühlspolitik der Massen entgegenzutreten, als einmal der Regierung gegenüber nein zu sagen — Nach dem Abgeordneten Gerold ist es also Gefühlspolitik, wenn die hungernden Massen sich dagegen auflehnen, daß ihnen das Brot verteuert wird.

Der Redner ließ sich auch über die Frage des Landtagswahlrechts aus. Was er aber darüber gesagt hat, das verschweigen die Berichte der Zentrumsblätter. Es heißt da zum Schluß:

„An den Vortrag schloß sich eine längere, angeregte Diskussion an, der wesentlichen volle Übereinstimmung mit den Ausführungen des Referenten zu Tage förderte; Meinungsverschiedenheiten zeigten sich nur in der vom Referenten auch angeführten Frage einer Abänderung des preussischen Landtagswahlrechts.“

Bekanntlich hat das Zentrum im preussischen Abgeordnetenhaus den Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für die preussischen Landtagswahlen eingebracht. Und dennoch Meinungsverschiedenheiten? Das läßt ja allerhand Schlüsse zu auf den Ernst, mit dem das Zentrum für seinen Antrag eintreten wird. —

Echt liberal!

Aus Halle a. S. berichtet man uns unterm 2. Juli: Als vor einigen Wochen im liberalen Stadtverordneten-Kollegium 1000 M. zur Errichtung eines Spielplatzes für die Kinder des Volkes verlangt wurden, hieß es, es wären keine Mittel vorhanden. Und in der heutigen Sitzung bewilligten dieselben liberalen Stadtväter zum Entschluß der Delegierten des Turnvereinsverbandes deutscher Baugewerksleute — Scharfmacher im Baugewerbe — die am 1. September hier ihren Jahreskongress abhalten, 1000 M. aus den Mitteln der Steuerzahler zu einem Fest. Die streikenden Bauarbeiter ließ man durch die Scharfmacher von Haus und Familie fagen und die Scharfmachergesellschaft empfängt man festlich.

Der liberale Vertrauensmann, frühere Sekretär der Freisinnigen Vereinigung, Dr. Joh. Rühge, der sich jetzt zum politischen Redakteur an der liberalen „Halle'schen Allg. Zeitung“ emporgearbeitet hat, hat in der letzten Nummer einen Peters-Artikel verbroschen, in dem er ernstlich vom Münchener Prozeß eine Ehrenklärung für Hänge-Peters fordert, damit sich der „geniale Mensch“ wieder im Dienste des Vaterlandes betätigen könne. — Wehr kann man von einem genialen Raumannianer eigentlich nicht verlangen! —

Ueberrufen.

Die Berliner Polizei hat wieder einmal einen „großen Coup“ unternommen, indem sie sieben „lästige“ Russen aus Preußens gesellschaftlichen Gefilden wies. Unter den Opfern dieser neuesten Staatsretterei befindet sich auch der cand. mod. Hjelostogki, der wegen des albernsten Verdachtes ausgewiesen wird: er habe im März dieses Jahres eine Bombe in den Eisenbahnzug Wiesbaden—Frankfurt a. M. prallt. Natürlich bringen die auf ihre jüngste Heldentat stolzen Berliner Russenpöbel auch diese „Affäre“ wieder mit kühnem Polizeigesicht in Verbindung mit den hiesigen russischen Lesefallen, die aber mit dieser Angelegenheit ebenjoviel zu tun haben wie etwa der Berliner Polizeipräsident mit der Plünderung der Köpenicker Stadtkasse durch den „Hauptmann“ Voigt.

Auf die Demunziation irgend eines spukhaften russischen Axt-rubelungen vernichtet die Berliner Polizei die Existenz eines Menschen: Hjelostogki absolviert gerade das letzte medizinische Semester! Es wäre doch zu fordern, daß Demunziationen der geschilderten Art erst etwas gründlicher geprüft werden, ehe eine Behörde zu einer Maßnahme von der einschneidenden Bedeutung einer Ausweisung greift.

Wohin sollten wir sonst kommen? Da verleumdet zum Beispiel die „Kreuz-Zeitung“ vom Donnerstagabend unseren Genossen Parvus. Sie „besetzt“ ihn mit einem Leitartikel, betitelt „Ein fremder Schürer der Revolution in Deutschland.“ Aus seiner neuen Prosküre über die Kolonialpolitik werden ein paar Sätze herausgeholt zum „Beweise“ dafür, daß Parvus in Deutschland so bald wie möglich durch „eine Revolution mit Nordbrennereien a la Rußland“ den sozialdemokratischen „Zukunftstaat“ aufrichten wolle. Nebenher fallen einige echte „Kreuz-Zeitungs“-Ekelstritte für die Genossen Luxemburg ab. Und der Zweck dieser Stillschaltung? Es wird eine Attake auf die den deutschen Reaktionsären so verhasste Pressefreiheit geritten. —

Wenn die Herren Gesetzeshabritanten an unseren armen Regierungsgeldern so schnell fertig sind mit dem Wort und der Tat wären wie das Berliner Polizeipräsidentium, dann hätten wir vielleicht schon übermorgen auf den freundlichen Fingerzeig der „Kreuz-Zeitung“ hin ein Ausnahmengesetz gegen die sozialdemokratische Presse zu erwarten. Aber einstweilen geht's bei uns doch noch nicht ganz so russisch zu, wie die konservativen deutsch-preussische Sippe es lieber heute als morgen zu sehen wünschte. —

Die Verteilung der Teuerungszulagen für die preussischen Unterbeamten ist am 1. Juli erfolgt. Es erhielten alle Unterbeamten, die am 1. Juni d. J. im Dienst waren, je 100 M. Für die fünf Millionen Mark, die der Landtag noch in letzter Stunde bewilligt hatte, sollen Teuerungszulagen an solche mittleren Beamten gewährt werden, die im Gehalte den Unterbeamten am nächsten stehen, verheiratet sind oder sich in Rente befinden. Die Auszahlung wird im Laufe des Monats erfolgen, da die Ermittlung der Behörden, welche Beamten in Frage zu kommen haben, noch nicht abgeschlossen sind. —

Von der Kirche zur Brandstiftung und dann zur Wittprozeßion. Vor dem Schwurgericht in Amberg (Oberpfalz) stand der Dienstherr Joseph Bauer wegen Brandstiftung. Bei der Verhandlung wurde festgestellt, daß er am Abend seinem Dienstherrn einen größeren Geldbetrag gestohlen hatte, am nächsten Morgen in die Kirche ging, dann das Haus des Dienstherrn anzündete, um darauf ruhig und mit andächtigen Herzen an einer Wittprozeßion teilzunehmen. Der fromme Verbrecher wurde zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt.

Amberg steht völlig unter dem Einfluß der katholischen Geistlichkeit. Es hat sich dahin noch nie ein sozialdemokratisches Flugblatt verirrt. —

Befragung von Eigentumsvergehen beim Militär.

Trotz der strengen Befragung des Diebstahls beim Militär können nirgends mehr Diebstähle vor als in den Kasernen. Wir meinen dabei nicht Diebstähle im landläufigen Sinne, denn dafür bietet sich bei den Soldaten, die nur selten viel Geld oder Wertgegenstände bei sich führen, wenig Gelegenheit. Deso häufiger aber stehlen sich die Kameraden untereinander Kleinigkeiten, Gebrauchsgegenstände des täglichen Dienstes, und es wird kaum einen gebienten Soldaten geben, dem zu der Kaserne nicht irgend etwas abhanden gekommen ist. Die berühmte Er-

ziehung zur Kameradschaftlichkeit und Ordnungsliebe kommt als hervorragendes Hilfsmittel — gut verarbeitbare Spinde, gewirgt durch die tägliche Erfahrung, daß alles, was „herrenlos“ auf der Stube liegt, bald verschwunden ist. Der dann freilich bei einem Diebstahl ertappt wird, der muß es haben und nicht immer findet er milde Richter, wie der Kanonier Julius Hoffmann von der 2. Batterie 55. Feldartillerieregiments in Raumburg, der eine wahre Essternatur zu haben scheint.

Bei einer Spindevisitation, die abgehalten wurde, weil verschiedene Kameraden bemerkt hatten, daß aus ihrem verschlossenen Spinde Gegenstände abhanden gekommen waren, wurden bei ihm zwei Messer, eine Mütze, eine Pfeife, zwei Hüskerer, eine sogenannte eigene Drückhose, ein Hammer, ein Polsterzeug, ein Dösel gefunden.

Es erfolgte daraufhin Anklage, die am Mittwoch vor dem Kriegsgericht der 38. Division in Erfurt zur Verhandlung kam. Der Anklagevertreter beantragte wegen schweren Diebstahls in zwei Fällen und wegen einfachen Diebstahls in neun Fällen eine Gesamtstrafe von neun Monaten Gefängnis, Verweisung in die 2. Klasse des Soldatenstandes und zwei Jahre Ehrverlust, um die Entfernung des Mannes, der ein Schrecken der Batterie sei, in deren und seinem eigenen Interesse, aus der Truppe zu veranlassen.

Das Gericht sah jedoch die Sache weit milder an. Es erkannte wegen nur einfachen Diebstahls resp. rechtswidriger Aneignung von fremden Gegenständen in neun Fällen auf vier Wochen strengen Arrest (unter Anrechnung von einer Woche Untersuchungshaft) und Verweisung in die 2. Klasse.

Frankreich.

Die Einkommensteuer.

Paris, 3. Juli. (Fig. Ver.)

Am Montag hat die Kammer die Beratung der Regierungsvorlage über die Einkommensteuer begonnen. Aber es waren nur etwa vier Dutzend Abgeordnete und nicht einmal genug Redner da, um die übliche Sitzungszeit auszufüllen. Ja und hat nun gestern den Beschluß durchgesetzt, die ursprünglich für die Vormittage bestimmte Beratung in die Nachmittagsitzungen zu verlegen, und so wird es bis zum Sesslungsschluß, der wie üblich vor dem 14. stattfinden wird, vielleicht noch ein paar temperamentvollere Reden über die Steuerreform geben. Daß dabei ein praktisches Resultat herauskommt, ist freilich nicht zu erwarten. Außer den Sozialisten vertreten nur einige Radikalsocialisten, wie Pelleton, die Einkommensteuer mit wirklichem Eifer. Die meisten Radikalen wären herzlich froh, wenn die Reform auch weiter als wirksameres Wählerlodmittel auf dem Programm stehen bliebe, statt in das Stadium der Wirklichkeit zu treten; die Gruppe der kleinbürgerlichen Radikalen bringt der Reform sogar eine mehr oder minder offene Feindseligkeit entgegen.

Wenn die Einkommensteuer so wenig tätige Freunde hat, sind ihre Feinde — auch außerhalb des Parlaments — sehr zahlreich. Führt der „Temps“ das verrostete Gewicht des Manchesterliberalismus auf, um unangeseht die Verteidiger der „ökonomischen Inquisition“ zu bombardieren, so unterhält der „Matin“ seit Monaten ein Kleingewehrfeuer von „populären“ Argumenten an den „dummen Kerl“, den er den vom Finanzminister beabsichtigten wirtschaftlichen Ruin haarklein vorredet.

Daß die Regierungsvorlage keine Aussicht hat, Gesetz zu werden, ist so ziemlich zweifellos. Bestenfalls wird sie, gleich der Altersverfugung, einen „prinzipiellen Beschluß“ erleben, ehe sie in die Grube sät. Aber wahrscheinlich ist ihr nicht einmal dieses solenne Begräbnis beschieden. Mag sich die nächste Regierung nun durch einen allgemeinen Personenwechsel oder durch eine teilweise Umgestaltung des Kabinetts bilden, der so wütend angefeindete Caillaux wird schwerlich sein Portefeuille behalten. Herr Poincaré aber, dessen Eintritt in das kommende Ministerium außer Wahrscheinlichkeit ist, gehört zu den vorläufigen Gegnern des Entwurfs. Was er an dessen Stelle zu setzen bereit sein wird, wird seine Paritätur sein. —

Italien.

Rom, 4. Juli. Der hundertste Geburtstag Garibaldis, der durch Gesetz zum Nationalfeiertag erklärt wurde, wird im ganzen Lande durch patriotische Veranstaltungen in überaus festlicher Weise gefeiert.

In der heutigen Kammer Sitzung sind Saal und Tribünen gedrängt voll. Man bemerkte auf den Tribünen viele Garibaldianer in roten Hemden. Gleich nach Eröffnung der Sitzung hält Präsident Marcora eine Gedächtnisrede auf Garibaldi. Die ganze Versammlung hört die Rede stehend an. Der Präsident weist besonders auf die Vaterlandsliebe und die Menschenfreundlichkeit Garibaldis hin. Die Rede wird oft von Beifall unterbrochen und am Schluß mit Hochrufen auf Garibaldi aufgenommen.

Der Ministerpräsident Giolitti dankt Marcora für die glänzende Verherrlichung Garibaldis und ersucht die Kammer, eine Dankbarkeitskundgebung für Garibaldi zu veranstalten, indem sie sogleich einen Gesandtschaftswort zugunsten der Veteranen der nationalen Kriege genehmigen möge. Man schreitet zur Abstimmung über den Entwurf, der mit 250 gegen 6 Stimmen angenommen wird. Der Präsident schlägt vor, die Sitzung zu Ehren Garibaldis aufzuheben. Der Vorschlag wird angenommen und die Sitzung unter Hurraufen für Garibaldi geschlossen.

Rom, 4. Juli. Der König hat heute einen Erlass unterzeichnet, durch den für gewisse Vergehen, darunter Majestätsbeleidigungen und gewisse politische Vergehen, Amnestie erteilt wird und bestimmte Geldbußen erlassen werden.

Die Kommunalwahlen in Rom.

Rom, 2. Juli. (Fig. Ver.)

Die antiklerikale Koalition hat am Sonntag in Rom einen Sieg errungen, der für die Verwaltungsgeschichte der Stadt auf Jahrzehnte hinaus bestimmend sein wird. Der allzu strapaziöse Wogen der radikalen Interessenkoalition ist zertrümmert. Die sonst so skeptische und indolente Bevölkerung Roms hat den für die Wirtschaft so langer Jahre Verantwortlichen endlich den Laufpaß gegeben, und sie hat das um so lieber getan, als es die dem römischen Volksempfinden so verhassten Klerikalen waren, denen der Zutritt galt.

Daß eine große und unerwartete Niederlage der Klerikalen vorliegt, verkennen diese selber nicht. Trotz ungeheurer Kraftaufwandes haben sie ja nicht mehr als 8830 bis 10177 Stimmen aufgebracht, während die liberal-demokratische Koalition 13035 bis 15227 Stimmen erzielte. Vor zwei Jahren hatten die Klerikalen im Bunde mit den Konserverativen bereits 9600 Stimmen erhalten; sie haben also so gut wie gar keine Fortschritte aufzuweisen, während die Liberalen, damals mit Radikalen und Republikanern verbündet, gegen 6000 und die alle in vorgehenden Sozialisten circa 3000 Stimmen aufbrachten. Insofern der antiklerikale Block einen Zuwachs von 5000 Stimmen errungen hat!

Diese Zahlen zeigen deutlich, daß die Klerikalen in Rom abgewirtschaftet haben. Sie führten alle ihre Reserven in den Kampf ohne anderen Erfolg als den einer kolossalen Niederlage. Annähernd 60 Prozent der Wahlberechtigten haben gestimmt, während bisher der höchste Prozentsatz 53 betragen hatte. Alles, was an neuen Wählermassen aufgezogen wurde, hat eben die Stimmen des liberal-demokratischen Blocks vermehrt. Und dieser Block hat sich im Wahlkampf bewährt. Die Liberalen haben ausnahmsweise

einmal nicht die sozialistischen Stimmen eingeheimst, um sich im schwebenden Dunkel der Wahlurne dadurch zu rewanieren, daß sie die sozialistischen Namen aus den Listen strichen. Trotzdem findet sich zwischen dem ersten und dem letzten der Gewählten ein Unterschied, der sich auf mehr als 2000 Stimmen beläuft. Daran dürfte aber wohl nur der Umstand schuld sein, daß die „Tribuna“ und das „Giornale d'Italia“, um sich weder für rechts noch für links zu entscheiden, eigene Listen lanciert hatten, in denen Klerikale und Antiklerikale salutarlich gemischt waren. Natürlich mußten daher diejenigen antiklerikalen Kandidaten, welche den Segen der einen oder gar beider Zeitungen hatten, die höchste Stimmzahl erzielen.

Unter den Gewählten befinden sich sechs Sozialisten: die Genossen Nortemartini, Ferrari, Sabatini, Bercelloni, Erasmi und Donomi. Nortemartini ist Abteilungschef im Ministerium für Ackerbau, Industrie und Handel und gleichzeitig Direktor des Reichsarbeitsamtes; er gehört — ebenso wie Ferrari, Bercelloni und Donomi — der reformistischen Richtung unserer Partei an. Ferrari ist Seyer im „Avanti“ und als tüchtiger Organisator und Redner bekannt. Auch Sabatini gehört dem Seyerstab des „Avanti“ an. Erasmi ist Eisenbahnbeamter; er hat sich wie Genosse Bercelloni, der Beamter im Finanzministerium ist, große Verdienste um die Organisierung seiner Kollegen erworben. Nicht unbekannt ist den Lesern Genosse Donomi, der als äußerst fruchtbarer Schriftsteller die Grundsätze des Reformismus propagiert; unter Bislati Redakteur des „Avanti“, wurde er nach der Niederlage der Linken auf dem römischen Parteitage von Ferrari wiederum in die Redaktion berufen.

Der Wahltag war natürlich reich an Episoden. Was an Mönchen und Priestern aufzutreiben war, eilte in die Wahllokale. Ein eigener kirchlicher Dispens machte sie alle trotz des Sonntags für die Wahlhandlung frei! Sehr elegante Coups brachten die Säumnigen zur Stelle. Die römische Aristokratie fand es der Mühe wert, ihre Kutten und ihre Pferde arbeiten zu lassen, damit keine der Kutten und keiner der Schwarzerde zu spät käme. In denjenigen Wahllokalen, in denen die Bureaus von den Antiklerikalen gebildet waren, wurde Mönchen und Priestern die Hölle heiß gemacht: Ein Priester, der sich nicht legitimieren konnte, wurde unter allgemeinem Gelächter dem — Karikaturisten des „Ufino“, Genossen Galantara, zur Identifizierung vorgeführt! Der Arme wurde darob so verlegen, daß er Hals über Kopf das Wahllokal verließ, ohne gestimmt zu haben. Schlimmer ging es dem Klerikalen Abgeordneten Galluppi, der energisch protestierte, weil man ihn „trotz seiner Abgeordnetenmedaille“ nicht kennen wollte. Es kam zu einer kleinen Kauferei, die erst durch die Polizei beendet werden konnte. Galluppi verlor dabei seinen Wahlzettel, ergriff in der Verwirrung den ersten besten, den man ihm bot und steckte eine — liberale Liste in die Urne! — Ein Priester, der ostentativ eine liberale Liste forderte und abgab, wurde mit Sympathiegrüßen begrüßt.

Obwohl hier und da die Polizei in die Wahllokale gerufen wurde, ist kein ernstlicher Zwischenfall vorgekommen. Dabei hatte man die Garnison Roms für den Wahltag um zwei auswärtige Regimenter verstärkt!

Der Stadtrat wird beim ersten Zusammentritt der Stadtverordnetenversammlung von seinem Amt zurücktreten. Es sieht dahin, ob das jetzt fast zu gleichen Teilen aus Klerikalen und Antiklerikalen zusammengesetzte Stadtverordnetenkollegium einen neuen Stadtrat wählen kann und will. Sollte eine Wahl nicht möglich sein, so ist die Auflösung des Kollegiums und allgemeine Neuwahl unvermeidlich.

Rom, 4. Juli. Die Beratung über die Gemeindevahlen in Rom hat gestern in der Kammer einen derartigen Tumult verursacht, daß der Vorsitzende sich gezwungen sah, die Sitzung aufzuheben. —

Norwegen.

Staatsministerielle Verdächtigungen gegen einen Sozialdemokraten.

Als Genosse Eriksen in der Odelstingsitzung am 19. Juni dieses Jahres das Verhalten der Regierung zu einigen ihr von einem Zollbeamten überwiesenen Klagen ruhig und sachlich kritisierte, wurde er plötzlich vom Staatsminister Nilsen mit persönlichen Verdächtigungen überfallen, die darauf hinausliefen, daß über Eriksens Amtsführung als Geistlicher der Staatskirche so viele Klagen eingelaufen seien, daß er es lieber unterlassen sollte, die Regierung wegen ihrer Behandlung von Klagen anzugreifen! — Wenn man gegen Eriksen nicht vorgehe, so deshalb, weil man ihn in den Klagen seiner Anhänger nicht zum Wörtchen machen wolle. — Diese Äußerungen riefen selbst bei bürgerlichen Abgeordneten solche Entrüstung hervor, daß der Radikal-Liberal Casberg mit vor Joren bebender Stimme erklärte, daß dergleichen in der Geschichte des Stortings ganz unheard sei. Aber statt nun klein beizugehen, wiederholte der Staatsminister seine Verdächtigungen und sagte schließlich noch, man solle nicht mit Steinen werfen, wenn man selbst im Glasbaue sitze!

Nun hat sich Genosse Eriksen inzwischen an das Kirchendepartement gewandt, um die gegen ihn vorliegenden Klagen zur Durchsicht zu erhalten. Das Kirchendepartement aber verwies ihn an das Staatsministerium, von dem er am 30. Juni folgende Antwort erhielt:

Keine Äußerungen im Odelsting vom 19. d. M. bezogen sich auf Klagen, die teils bei mir persönlich einliefen, teils beim Kirchendepartement. Da jedoch keine dieser Klagen Veranlassung zu weiteren Schritten seitens der Administration gegeben hat, finde ich keinen Grund, sie Ihnen zur Verfügung zu stellen.

Achtungsvoll

Chr. Nilsen.

Genosse Eriksen hat dieses Schreiben wie auch das auf das gleiche hinauslaufende des Kirchendepartements vom 2. Juli im Odelsting verlesen, nachdem er vorher dem Staatsminister mitgeteilt hatte, daß dies geschehen solle. Aber Nilsen war in der Sitzung nicht anwesend! Es fand sich denn auch niemand, der den tapferen Herrn Staatsminister in Schutz genommen hätte. In Norwegen steht die Staatskirche aber auch unter Aufsicht des auf den allgemeinen gleichen Wahlrecht gegründeten Stortings, so daß die Orthodoxie dortzulande nicht gar so leichtes Spiel hat, wie etwa in Preußen-Deutschland. —

Amerika.

Ein Ehrenzeugnis wurde den in Boise, Idaho, angeklagten Arbeiterführern dadurch ausgestellt, daß von dem in Denver, Colorado, tagenden Kongress der Bergarbeiter Woher als Präsident und Haywood als Sekretär des Bergarbeiterbundes der Weststaaten wiedergewählt wurde. —

Australien.

Ständige Finanzen.

Die Einnahmen des australischen Staatenbundes für das letzte Finanzjahr betragen 12 831 618 Pfund Sterling, das sind 952 275 Pfund mehr als im vorhergehenden Jahre. Seit Bestehen des Bundes ist noch niemals ein so günstiger Abschluß erzielt worden, der von dem Schatzsekretär John Forrest der großen Tätigkeit in allen Hauptindustriezweigen zugeschrieben wird. Die Ausgaben des Jahres betragen 4 086 728 Pfund. —

Die russische Revolution.

Das Rasen der Reaktion.

Petersburg, 4. Juli. 262 politische Gefangene sind gestern aus Petersburg in die Verbannung geschickt worden.

Bogrome.

Petersburg, 4. Juli. (Russ. Kor.) Die Nachrichten aus Odesa sind wieder im höchsten Grade beunruhigend. Die Ueberfälle gegen Juden daselbst vermehren sich. Am 2. d. M. abends wurde in den Straßen ein regelrechtes Feuergefecht gegen die Juden eröffnet. Ein Jude wurde ermordet, sechs tödlich verwundet. Erst als dann erschien die Polizei. Das Organ des Verbandes des russischen Volkes erklärt in der Mittwochnummer, es werde auch ferner so verfahren werden. Da der Stadthauptmann von Odesa, Grigorjew, der bisher immer das Äußerste verhindert hat, zurzeit verreist ist, so herrscht Panik in Odesa.

Agrarunruhen.

Petersburg, 4. Juli. Im Gouvernement Njasan, das bisher als ruhig galt, sind Agrarunruhen ausgebrochen.

Ein Lockspiegel.

Der Hauptausführer der sozialrevolutionären Partei in Russland verbreitet nachfolgende Erklärung:
„In den letzten Tagen des Monats Mai ist in der Gegend der Pulverfabrik bei Petersburg eine Leiche eines jungen Mannes aufgefunden worden. Bei der Leiche fand man zwei Bomben und einen Zettel mit mehreren Telephonnummern. Die Persönlichkeit des Ermordeten ist bis jetzt offiziell nicht festgestellt worden. Augenblicklich ist der Hauptausführer der sozialrevolutionären Partei imstande, mitzuteilen, daß der Ermordete ein gewisser Alexander Kasanoff ist, früher Arbeiter an der Tilmanschen Fabrik in Petersburg, einer der wichtigsten Organisatoren der Kampfgruppen des schwarzen Hundes. Er hielt sich meistens in Roslau auf, bewohnte dort eine große Wohnung, Grusins Haus 36, und verfügte über sehr große Summen, die er vom Verband des russischen Volkes bekam. Seine eigentlichen Ziele maskierend, trat er in Arbeiterkreisen als Vertreter revolutionärer Organisationen auf und lockte in seine Kampfgruppen unentwickelte Elemente der Arbeiterschaft. In den letzten Tagen des Monats Mai wurde von ihm ein Attentatsversuch gegen den Grafen Witte organisiert. Die von ihm verlockten Arbeiter entbotten aber, daß sie einem schmächtlichen Betrüge zum Opfer gefallen sind und zu bloßen Werkzeugen gemacht wurden zur Durchführung verschiedener geheimer Pläne des schwarzen Hundes. Sie entschlossen sich, Rache zu üben an dem Organisator dieser unerhörten ungeheueren Lockspiele seitens des Verbandes des russischen Volkes, der unentwickelte revolutionäre Elemente für seine Zwecke auszunutzen wollte. Sie haben den Lockspiegel ermordet an dem Orte, wo er ihnen, wie verabredet war, Bomben übergeben sollte, die gegen den Grafen Witte geschleudert werden sollten aus einem kleinen Hotel gegenüber der Wohnung Wites am Samsonow-Damm-Projekt bei seiner Fahrt in den Reichsrat. Alle Einzelheiten dieses in seinem Raffinement ganz unerhörten Unternehmens werden bald im Organ der sozialrevolutionären Partei „Die Fahne der Arbeit“ aufgedeckt werden.“ (St. Petersburg, 14./27. Juni 1907.)

Aus der Partei.

Mara Zetkin, unsere treue Vorkämpferin, begeht heute ihren 50. Geburtstag, herzlich begrüßt von der deutschen, ja von der internationalen Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung, der sie eine nimmer rastende Führerin war und ist.

Als Erzieherin im Auslande, dann in Paris widmete sie sich an der Seite ihres Gatten, des russischen Revolutionärs Ossip Zetkin, trotz aller schweren wirtschaftlichen Sorgen, mit größter Hingebung der Partei. Auf dem ersten internationalen Kongress in Paris 1889 war sie bereits Delegierte der Berliner Arbeiterinnen, und sie zog dort die scharfe Grenze zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Frauenbewegung: „Die Arbeiterinnen, welche nach sozialer Gleichheit streben, erwarten für ihre Emanzipation nichts von der Frauenbewegung der Bourgeoisie, welche angeblich für die Frauenrechte kämpft. Die Arbeiterinnen sind durchaus davon überzeugt, daß die Frage der Frauenemanzipation keine isoliert für sich bestehende ist, sondern ein Teil der großen sozialen Frage. Sie geben sich vollkommen klare Rechenschaft darüber, daß diese Frage in der heutigen Gesellschaft nun und nimmermehr gelöst werden wird, sondern erst nach einer gründlichen Umgestaltung der Gesellschaft.“

In demselben Geiste hielt sie 1896 auf dem Parteitag zu Gotha ein Referat über die Frauenagitation — hatte sie doch 1891 die „Gleichheit“ gegründet, als deren Redakteurin sie die deutsche Arbeiterinnenbewegung und -Organisation so außerordentlich förderte, daß 1900 die erste deutsche Frauenkonferenz in Mainz stattfinden konnte und jetzt im August die erste internationale Frauenkonferenz in Stuttgart tagen wird.

Welch großen Anteil an diesen Erfolgen die aufopfernde und unermüdete Arbeit der tapferen Kämpferin hat, das wissen die Genossen und die Genossinnen aller Länder, die sich denn auch heute in dem Wunsch vereinigen, daß unsere Mara Zetkin noch viele Jahre mit der gleichen Mütigkeit weiter kämpfen möge.

Strasfons der Presse.

Unter der Spitzmarke: „Polizisten als Schreiber“ hatte der Redakteur Stephan Heise im November v. J. in der Rheinischen Arbeiter-Ztg. einen Artikel veröffentlicht, der sich gegen vier Polizeibeamte aus Mainz richtete und diesen vorwarf, daß sie sich von Privatpersonen hatten ihr Bier bezahlen lassen; zum Dank für die Freihaltung seien die Spender des Bieres nachher auf der Straße mit rohen Ausdrücken beschimpft und einer sogar geschlagen worden. In der Verhandlung vor der Duisburger Strafkammer gaben sich die Polizisten als die Erben, die niemand etwas zuleide getan, während beteiligte und unbeteiligte Polizisten die Vorkommnisse im Sinne des veröffentlichten Artikels darstellten. Das Gericht glaubte den Polizeibeamten mehr und hielt den Wahrheitsbeweis im wesentlichen nicht für erbracht! Das Urteil lautete auf 300 M. Geldstrafe. Der Staatsanwalt hat nicht weniger als sechs Monate Gefängnis (!) beantragt.

Gewerkschaftliches.

Wieder ein Terrorismus-Schwindel.

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ deckt wieder einmal einige der bekannten Schauermärchen über den Terrorismus der freien Gewerkschaften als Schwindel auf. Immer ist das bekanntlich nicht möglich, da diese Erzählungen meist so allgemein gehalten sind, daß es un-

möglich ist, der Sache nachzugehen. Wo bestimmte Personen und bestimmte Werkstätten genannt sind, gelingt es ja meist, die angeblich wenig christlichen Handlungen der „Freien“ als echt christlichen Schwindel zu erweisen. So auch diesmal.

Der christliche „Deutsche Holzarbeiter“ brachte in seiner letzten Nummer eine von Mainz datierte Moritat. „Sonabend, den 8. Juni, war die erste Heldentat zu vergeichnen. Der Kollege Siemers, Mitglied unseres (das heißt des christlichen) Verbandes, wurde von den brüderlichen Allertweltsverbessern zu Boden geworfen, mit den Fäusten „gestreichelt“ und ihm die Schürze zerrissen. Der Haupttrübselstifter (Heinze heißt der wackere Wursche) wurde sofort entlassen.“ — Dieser Fall wurde von der Verwaltung des Holzarbeiterverbandes genau untersucht, wobei in Gegenwart des christlichen Arbeitersekretärs Knoll und zweier anderer Christen durch Jungen festgesetzt wurde, daß der arme „mihandeste“ Christ Siemers, ein großer kräftiger Gesell, mit einem großen Holzloz nach dem kleinen Schmächtigen Heinze warf und von mehreren Kollegen abgehalten werden mußte, seinem Gegner weitere Beweise der christlichen Nächstenliebe zu erbringen. Dieser Sachverhalt ist im Beisein der christlichen Vorkämpfer erwiesen, das hindert sie jedoch nicht, aus dem Falle eine Moritat zu machen, in welcher der Wülpische Heinze Siemers als die arme verfolgte Unschuld erscheint. Daß der Christ Siemers dieses Vorfalles wegen ebenfalls entlassen wurde, wird von den Christen schämig verschwiegen, es paßt eben nicht in den Rahmen der Geschichte.

Dann wird von einem jungen Kollegen auf der Polierwerkstelle erzählt, der am 10. Juni auf alle Art und Weise schikanisiert und mit Holzstücken an Kopf und Arm getroffen worden sei. Der christliche Arbeitersekretär und der Vorstehende der christlichen Zahlstelle seien bei der Firma vorstellig geworden, worauf bis zum 15. Juni Waffensstillstand eingetreten sei. Dann aber muß, wenn man dem christlichen Organ glauben wollte, ein wahrer Gegenabbat mit dem armen jungen Christen angestellt worden sein. Als der Arme sich dann anzog, „um wenigstens sein Leben in Sicherheit zu bringen“, wurde er abermals in der Werkstätte herumgestoßen und schließlich hinausgeworfen. Und das alles soll sich unter den Augen des Meisters abgespielt haben! Wahr ist, daß der in Frage kommende Christ junger Mensch ist, was ihn aber nicht hinderte, sich in der Werkstätte recht annehmend zu benehmen, dementsprechend wurde er auch behandelt. Die ganze Räuberposse schrumpt bei näherem Zusehen auf die Tatsache zusammen, daß der christliche junge Mann als Antwort auf eine harmlose Illerei einem Polierer seinen Poliertrag an den Kopf warf, worauf er von dem Getroffenen ein paar hinter die Ohren bekam und hinausgeworfen wurde. Damit war der Vorfall erledigt und der Christ, der angeblich um sein Leben fürchtete, hat noch anderthalb Stunden bis Feierabend ruhig weiter gearbeitet.

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ weist darauf hin, daß solche Vorkommnisse in der Werkstätte leider nichts Neues seien und sich schon ereignet haben, als die Arbeiter alle noch in einer Organisation oder auch keiner angehört. Neu sei nur, daß jetzt jede Bagatelle breitgetreten und an die Öffentlichkeit gezerrt werde. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ fährt fort:

„Wenn man aus agitatorischen Gründen harmlose Vorkommnisse an die große Glocke hängt, dann ist das nicht ehrlich; wenn man sich aber nicht darauf beschränkt, sondern sogar Terrorismusgeschichten geradezu erfindet, dann ist das niederrührig. Es gehört nicht gerade zu den Annehmlichkeiten, die christlichen Terrorismuslägen auf ihren wahren Wert zurückzuführen, so lange aber der Schwindel nicht aufhört, muß man ihn von Zeit zu Zeit aufdecken. Im vorliegenden Falle wird sich ja auch noch das Gericht mit der Angelegenheit befassen, und da werden die Christen keine Seide spinnen.“

Berlin und Umgegend.

Wähtung, Metallarbeiter! Der Streik in den Alleganderverken ist beendet. Die Sperre ist aufgehoben. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Der Bäder-Bohfakt

Über seine Wirkung weiter. In den Unternehmerorganen allerdings findet man die wunderlichsten Auslassungen, über den für die Reichtumschicht „günstigen“ Verlauf des Kampfes, über die weise neben den lächelnden Jeremiaden über die „unverständige“ Bohfakt der Arbeiterfrauen. Am greifbarsten ist von allen losporrierten Lügen die eine, daß von den in Berlin anwesenden 6000 Bädergesellen — 5000 meistertreue seien, wonach der Verband der Bäder nur etwa 1000 Mitglieder zählen kann. Die „Händler-Zeitung“ täuscht ihren Lesern ebenfalls diese Mär auf, um zwei Seiten weiter schon zuzugestehen, daß es doch wohl 2000 freiorganisierte Bädergesellen in Berlin gäbe. Es kann den Herren verraten werden, daß sie bei den 2000 Gesellen sich selbst noch um 50 Proz. überschwindeln haben. Die „Bäder-Zeitung“, Organ des Obermeisters Killeville, erzählt die Märchen der „Händler-Zeitung“ und versehen nach und heimleiert über das Vorgehen der Regierung, die sich dazu hergäbe, dem Gesellen-Verband das Aufführen zu erleichtern, die so „gesunden“ Keller- (höhlen)abräume abzuschaffen und das „enge“ Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen zu zerreissen. In der „Concordia“ renommiert Herr Schmeidt aus der Frontstr. 21 mit dem glänzenden Siege, den die Meister im Verein mit ihren gelben Schülern über den „Hamburger Gesellen-Verband“ errungen haben wollen. Er phantasiert dann weiter über die verbluteten Köpfe der Führer der freien Gesellen, ohne seinen Unmut darüber verbergen zu können, daß alle frommen Wünsche nicht in Erfüllung gegangen seien und mehr als bisher der Pleitegeier sich bei den halbsittigen Innungsschäfflein eingenistet habe.

Geht man aber nun den Inseratenteil der Innungsblätter durch, so muß man angesichts der im redaktionellen Teil aufgeführten Märchen staunen, in welcher Weise sich die Verkaufsangebote von Bädereien mehren, namentlich von solchen, wo die Forderungen der Gesellen nicht bewilligt wurden. Zur Erweiterung unserer Leser wollen wir hier nur eine Probe auszugweise wiedergeben:

Flotte Dampfbäderei

I. Rangse Berlin

Nicht bewilligt. Vor dem Streik war mein Geschäft noch mal so groß als wie jetzt, deswegen verkaufe ich sehr billig, ein anderer macht besseres Geschäft — usw.

Andere, in „volkreicher Gegend“ wohnende, die minder ehrlich sind, schüben Krankheit (des Geldbeutels?) usw. vor. Bei allen Inseraten drückt sich aber das trampschaste Bestreben aus, so schnell und so billig wie möglich verlaufen zu können, um nicht täglich an die eigene Torheit gemahnt zu werden. Sie spotten ihrer selbst und wissen nicht wie!

Deutsches Reich.

Die Sprache der Steigerorganisation im Ruhrgebiet.

Schon einige Male hat der „Vorwärts“ auf die sehr beachtenswerte Gründung eines Verbandes der Steiger im Ruhrgebiet hingewiesen. Der Vorstand der neuen Organisation tritt jetzt mit einem Aufruf an die Berufs-Kollegen heran, der ebenso beachtenswert ist wie die Gründung des Steigerverbandes selbst, zeigt die Sprache des Aufrufs doch, daß Wesche gelegentlich in das bisherige System, das den Steiger zu einem vollständig willenlosen Werkzeug der Grubenmagnaten verurteilt hatte. So heißt es z. B. in dem Aufrufe unter anderem:

„Immer härter entbrennt der Kampf zwischen Besitzern und Arbeitern, zwischen zwei harten Steinen. Der Steiger steht in der Mitte und wird gemahlen, zermahlen; er hat bis heute die Kosten des Mühlsteins zu zahlen. Doch das nicht allein; auch der Bergbehörde gegenüber ist er verantwortlich, wird verantwortlich gemacht für die Beobachtung vieler Bestimmungen. . . Ein Aufständischer hat das Recht, nach verbüßter Strafe sein altes Geschäft wieder aufzunehmen, der Steiger aber, der vielleicht ohne gerichtliche Bestrafung seine Qualifikation verloren hat, steht in Verhältnissen, die zur Zeit der Leibeigenschaft existierten! Er darf nicht mehr Steiger sein. — Wir fordern nur Maßregeln, welche unsere rechtliche wirtschaftliche Lage verbessern und das Ansehen unseres Standes heben sollen.“

Aus dem Programm des Verbandes ist zu ersehen, daß folgende Hauptaufgaben ins Auge gefaßt sind:

„Erhebung einer anständigen Behandlung (!), Verbesserung der Pensions- und Hinterbliebenenversicherung, Abänderung der berggesetzlichen Bestimmungen über Verspülung und Qualifikationsangelegenheiten auf Grund eines Reichsberggesetzes, Erweiterung der Berggewerbegerichte in der Weise, daß sie auch über Lohnforderungen von Angestellten mit einem Einkommen bis zu 5000 M. entscheiden können, Einrichtungen von Beamtenauschüssen nach Art der Arbeiterschaft zur Verlegung kleiner Uebelstände auf den Fachen, Erlangung einer Vertretung in den in Zukunft zu errichtenden Arbeitskammern, Gewährung unentgeltlichen Rates und Rechtshülfen in beruflichen Angelegenheiten, Vertretung der Interessen der Steiger bei Behörden, Parlamenten und vor der Öffentlichkeit.“

Das ist keine Vereinstspielerei mehr, was sich hier in dem Aufrufe bemerkbar macht, das ist der erwachenden Klasseninstinkt, das ist das Vorspiel zum Klassenkampf. Die Steiger, bisher die festesten Stützen der Grubenproben in ihrer selbstherrlichen Ausbeutung der Grubenklaven, diese Steiger fordern bessere Behandlung! — Wie mag wohl den Herren Rirdorf, Thyssen und Genossen zu Mute sein?

Ausland.

Ein Kampf in der englischen Hutindustrie.

London, 2. Juli. Als Antwort auf eine Kündigung der Mitglieder der Vereinigten Filzhatmachergewerkschaft, die bei der Firma Woodrow beschäftigt waren, kündigte diese am letzten Sonnabend 1200 Mann. Die Aussperrung wird eine schwere Krise in der Hutfabrikation bedeuten, da um diese Zeit große Aufträge zu erledigen sind. — Die Arbeiter hatten ihre Kündigung eingereicht, weil die in der Fabrik beschäftigten Mädchen nicht der Gewerkschaft beitreten wollten.

Verfammlungen.

Der Zentralverband der Maurer hielt eine außerordentliche Generalversammlung am Donnerstagabend bei Freyer in der Kopenstraße ab. Thöns referierte über den Stand der Lohnbewegung, den er als recht günstig darstellte. Von Woche zu Woche und jetzt von Tag zu Tag haben die Arbeiter Erfolge zu verzeichnen. Von der jüngsten Baukontrolle lagen die Resultate noch nicht vor, weil das Material erst im Laufe des Tages gesammelt wurde. Am Mittwoch war die Kontrolle durch die schweren Regenfälle verhindert worden. Thöns besprach den Kampf, der jetzt in der feierten Woche gegen den Verband der Baugeschäfte geführt wird. Die Streiche, zu denen das Unternehmertum ausholte, schlugen fehl. Die Aussperrung nützte nichts; die Wirtelsperre war bergänglich; die Hoffnungen auf die Arbeitswilligen wurden nicht erfüllt; der Bezug von außerhalb blieb aus. In bezug auf den letzteren erzählte der Redner, daß am Mittwoch 33 Arbeitswillige mit dem Schnellzuge von Oberberg anlangen, die mit Kremsern vom Bahnhof abgeholt wurden. Die Organisation der Maurer hatte aber Wind von der Sache bekommen und war auch auf dem Posten. Die Leitung suchte mit Erfolg Fühlung mit den eingeführten Arbeitswilligen und es wird wahrscheinlich gelingen, sie wieder abzuwickeln. Thöns kritisierte das Verhalten der Polizei in diesem Kampfe und forderte die Streikposten auf, in der energischen Wahrung ihrer Rechte nicht zu erlahmen. Er erklärte zum Schluß, daß der Sieg den Arbeitern nicht fehlen könne, wenn sie auch fernerhin so tapfer kämpfen wie bisher. — Lebhafter Beifall folgte seiner Rede. Nur eine kurze Diskussion fand statt; die Redner sprachen im Sinne des Referenten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Landtagswahl in Nürnberg.

Nürnberg. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der gestrigen Landtagswahl wurde Genosse Kollwagen mit 4576 Stimmen gewählt. Die Liberalen beteiligten sich nicht an der Wahl, da der bei der Hauptwahl als doppelt gewählte Genosse Haller bereits mit 2000 Stimmen Majorität gewählt war.

Reichstagswahl im Wahlkreis Dinkelsbühl.

Dinkelsbühl, 4. Juli. (W. Z. B.) Bei der heutigen Reichstagswahl im Wahlkreis Dinkelsbühl, Mittelranken 5, wurde Riederhöfner (kons.) mit etwa 1200 Stimmen Mehrheit gewählt.

Großfeuer.

Einbeck, 4. Juli. (W. Z. B.) Durch Großfeuer wurde heute morgen gegen 6 Uhr die große Hollensieder Getreidemühle eingestürzt. Circa 2500 Saß Nehl nebst Getreidevorräten sind mitverbrannt; sämtliche Maschinenanlagen sind zerstört.

Eisenbahnzusammenstoß.

Wächtersbach, 4. Juli. (W. Z. B.) Ein um 12 Uhr 30 Min. in Wächtersbach eintreffender Güterzug fuhr infolge falscher Weichenstellung auf einen Rangierzug und zertrümmerte mehrere Wagen, auch die Lokomotive des Güterzuges wurde stark beschädigt. Der Materialschaden ist nicht bedeutend, Personen sind nicht verletzt. Inwiefern der Unfallstelle entgleiste gestern ein Zug der Kleinbahn Wächtersbach-Kirstein.

30 000 M. veruntrent.

Hannau, 4. Juli. (W. Z. B.) Der Buchhalter Albrecht in der Gummiwarenfabrik Gelnhausen wurde wegen Unterschlagung von 30 000 M. in Untersuchungshaft genommen.

Strafverfahren gegen den ungarischen Kongress.

Budapest, 4. Juli. (W. Z. B.) Wegen die Teilnehmer des deutschsprachigen ungarischen Kongresses, auf welchem Fernerhoffers eine Rede hielt, ist das strafgerichtliche Verfahren eingeleitet. Der Staatsanwalt erklärt, die Rede Fernerhoffers sei gegen die ungarische Staatseinheit gerichtet.

Parlamentarier als Duellanten.

Budapest, 4. Juli. (W. Z. B.) Heute vormittag fand wegen politischer Differenzen zwischen dem Abgeordneten Lewass und dem Abgeordneten Farabachoz ein Säbelduell statt, bei welchem beide leicht verletzt wurden. Die Gegner verständigten sich darauf.

Soldaten die nicht auf ihre Brüder schießen.

Lissabon, 4. Juli. (W. Z. B.) Die Blätter verzeichnen das Gerücht, in Angola do Peridmo (Azoren) seien aus örtlichen Ursachen Unruhen entstanden, und zur Unterdrückung der Unruhen herbeigerufene Truppen hätten sich geweigert, gegen die Bevölkerung vorzugehen, infolgedessen sei die Entsendung anderer Truppen beantragt worden.

Aus Industrie und Handel.

Neue russische Rentenausgabe.

Erst vor etwa 3-4 Tagen wurde den ausländischen Fondsbörsern offiziell mitgeteilt, die Regierung beabsichtige dieses Jahr keine auswärtige Anleihe abzuschließen. Am den Septizismus der Kreditoren zu überwinden und das Unwahrscheinliche glaubwürdiger zu machen, versuchte das russische Regierungsblatt „Wostok“ den Beweis zu führen, die finanzielle Lage Russlands sei in bester Ordnung. Unmittelbar darauf veröffentlichte man aber einen allerhöchsten Ukas vom 21. Juni, der den Finanzminister beauftragt, eine neue 4 Proz. Rentenserie auf 50 Millionen Rubel (nominal) herauszugeben. Diese neue innere Anleihe wird im Ukas durch die Notwendigkeit motiviert, die Mittel des Schatzkammers zwecks unbehinderter Deckung der gewöhnlichen und außerordentlichen Ausgaben des laufenden Jahres, unter anderem der Kosten der Verpflegungsfürsorge der notleidenden Bevölkerung zu verstärken. Bei jeglichem Kurs der Rente — 70 1/2 für 100; im Auslande sogar 68 1/2 (Amsterdam) und 69 (Paris) — wird die neue Anleihe, statt der nominalen 50 Millionen tatsächlich bloß rund 35 1/2 Millionen Rubel bringen. Diese ganze Summe wird im wesentlichen den Staatsparaffen entnehmen, während die neue Rente ins Portefeuille der Kassen übergeht. Nur auf diese Weise kann man gegenwärtig eine innere Anleihe unterbringen, ohne den Kurs der sonstigen Staatspapiere noch mehr zu erschüttern.

Es ist anzunehmen, daß die jetzige innere Anleihe nur ein Vorboten weiterer Kreditoperationen ist. Nach dem Budgetentwurf für 1907 waren solche Operationen in Höhe von 186 643 906 Rubel geplant. Nach Prüfung in der Reichsduma hätte sich zweifellos dieses Defizit bedeutend verringert. Wie beschränkt das Budgetrecht der Duma auch ist, so konnte letztere doch eine gewisse Schmälerung der Ausgaben erreichen. Da sie aber aufgelöst wurde, so behielt das Budget von 1906 auch für das laufende Jahr seine Geltung.

Das vorjährige Einnahmehudget sah aber im Kapitel „außerordentlicher Einnahmen“ einen Eingang in Höhe von 481 114 000 Rubel durch Kreditoperationen voraus. Somit ist die Regierung nach § 118 der Grundgesetz formell auch jetzt berechtigt, Kreditoperationen abzuschließen bis zur Höhe jener Summe. Im laufenden Jahre hat die Regierung von diesem Recht, das sie sich selber bei Verfassung der Grundgesetz gab, bereits Gebrauch gemacht, und zwar wurden durch den Ukas vom 24. Januar d. J. Renten von rund 50 1/2 Millionen Rubel und jetzt (gemäß dem Ukas vom 21. Juni) 35 1/2 Millionen Rubel ausgeben.

So viel kann man schon jetzt sagen, daß eine weitere Vermehrung der russischen Staatsverschuldung im laufenden Jahre nur unter den schwierigsten Bedingungen erfolgen könnte. Die jetzt emittierten Renten, wenn sie ganz im Portefeuille der Sparkassen untergebracht werden, müssen mit 5 1/2 Proz. verzinst werden. Weitere Anleihen, sei es auf dem inneren oder auswärtigen Markte, können nur unter noch ungünstigeren Bedingungen geschlossen werden.

Hamburgs Seehandel.

Die amtlichen Feststellungen über den Umfang und die Veränderung des deutschen Außenhandels im vergangenen Jahre stehen zurzeit noch aus. Daß sie aber wesentlich höhere Ziffern als die des Jahres 1905 enthalten werden, kann man mit einiger Sicherheit bereits aus den Ergebnissen des hamburgischen Seehandels im letzten Jahre schließen, die soeben von dem Handelsstatistischen Bureau in Hamburg veröffentlicht wurden. Danach hat Hamburgs Ein- und Ausfuhr separat im Jahre 1906 einen Wert von mehr als 5 1/2 Milliarden Mark erreicht. Den Resultaten des Vorjahres gegenüber ergibt sich ein Mehr von 632 Millionen Mark, d. h. eine Zunahme des hamburgischen Seehandels um 12 Proz.

Der Seehandel Hamburgs mit europäischen Ländern hat im vergangenen Jahre einen Wert von 2,6 Milliarden Mark gehabt, von dem 1244 Millionen Mark auf die Einfuhr und 1388 Mill. Mark auf die Ausfuhr entfielen. England steht hier mit einem Einfuhrwert von 546 Mill. Mark (61 Mill. Mark mehr als im Vorjahre) und mit einem Ausfuhrwert von 492 Mill. Mark (14 Mill. Mark mehr als im Vorjahre) voran. An zweiter Stelle folgt der Warenverkehr Hamburgs mit deutschen Häfen. Er belief sich in der Einfuhr auf 112 Mill. Mark, ausgehend auf 200 Mill. Mark. Der Verkehr mit Ausland hat infolge der inneren Wirren in der Einfuhr einen Wertrückgang von 184 auf 178 Mill. Mark erfahren. Die Ausfuhr nach russischen Häfen zeigt dagegen eine Zunahme, sie belief sich auf 129 Mill. Mark — dem vorjährigen Ausfuhrwert gegenüber ein Plus von 6 Mill. Mark. Der Güterverkehr mit den übrigen europäischen Ländern hat nur in der Einfuhr aus Belgien, Frankreich und Portugal sowie in der Ausfuhr nach den Niederlanden eine zumeist geringe Einbuße erlitten, sonst überall eine Steigerung erzielt.

Der Wert des hamburgischen Seehandels mit außereuropäischen Ländern hat im vergangenen die Höhe von 3,2 Milliarden Mark erreicht, davon kommen rund 2 Milliarden Mark auf die Einfuhr, 1,2 Milliarden Mark auf die Ausfuhr. Ein gewaltiger Fortschritt zeigt sich wiederum im Warenverkehr mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die für 555 (im Vorjahre 496) Millionen Mark Waren nach Hamburg sandten und dafür Güter im Werte von 351 (im Vorjahre 303) Millionen Mark empfangen.

Gerichts-Zeitung.

Ein Offizierswucherer vor Gericht.

Gestern wurde der Wucherprozeß Auerbach, über dessen ersten Verhandlungstag wir am 2. d. M. berichteten, beendet. Es lagen etwa 20 Fälle vor, in denen der Angeklagte die Notlage von Offizieren ausgebeutet hat, die darin bestand, daß die betreffenden Darlehnsnehmer drängende Verpflichtungen zu erfüllen hatten. Daneben lagen einige Fälle, in welchen die Bedenten infolge ihrer Unzufriedenheit mit Wechselrecht und Wechselbeziehungen sich ausbeuten ließen. Auch Fälle des Schuldenmachens aus Leichtsinn lagen vor. Ein junger Leutnant gebrauchte das Geld, welches er mit Hilfe von Akzepten durch den Angeklagten sich beschaffte, um Rennpferde sich zuzulegen, ein anderer erschloß sich die Gelbquelle, weil er das Bedürfnis hatte, das Geld in allerlei fideleien Sachen, in Pommes und anderen schönen Dingen anzulegen. Wehe den Unglücklichen, die leichtsinnigerweise die Namen von Wärgen mit eigener Hand auf die Akzente schrieben! Wenn der Angeklagte merkte, daß es mit den Wechseln nicht ganz in Ordnung war, so hatte er die jungen Offiziere vollständig in der Hand und sie waren ihm auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert. Zwei Fälle dieser Art lagen ebenfalls vor, in denen Offiziere Fälschungen durch unbefugtes Aufsetzen von Namen auf die Wechsel zu begangen hatten. Die beiden jungen Leutnants wurden aus dem Gefängnis vorgeführt, wo sie die ihnen für die Wechselfälschungen judizierten Strafen zurzeit verbüßen. Der Angeklagte hat nachweisbar in fünf Monaten von 1720 Darlehnsnehmern weit über 7000 Mark allein an Spesen eingenommen. — Der Staatsanwalt auch hielt den Angeklagten des gewerbmäßigen Wuchers, des versuchten Betruges, der Unterschlagung und der versuchten Erpressung

für überführt und beantragte mit Rücksicht darauf, daß die Handlungsweise des Angeklagten außerordentlich verwerflich und gemeingefährlich sei, unter Wegfall der früher gegen ihn erkannten Strafe eine Gesamtstrafe von drei Jahren sechs Monaten Gefängnis, 5000 M. Geldstrafe, eventuell für je 15 Mark noch einen Tag Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust — Gegen den in einem Falle mitangeklagten Agenten Rudolf Mittelhaus beantragte der Staatsanwalt die Freisprechung.

Das Urteil des Gerichts wurde vom Vorsitzenden dahin verurteilt: Das Gericht hat keinerlei Zweifel gehabt, daß sich der Angeklagte des gewerbmäßigen Wuchers schuldig gemacht hat. Er hat den offensichtlich leichtsinnigen der jungen Offiziere gekannt und benutzte, um sich wucherische Vorteile zu sichern zu lassen. Er hat einen vollständigen Betrieb darauf eingerichtet, unerfahrene Leute in das Netz zu locken, indem er massenhaft inserierte, sich als Selbstdarleher hingestellt und die Beschaffung von Geld unter kulantem Bedingungen versprochen. Eine Menge junger Leute sind ihm auch ins Garn gegangen. Nach der Ueberzeugung des Gerichts stellen die Anlagefälle nur einen Bruchteil der Geschäftstätigkeit des Angeklagten dar. Außer dem gewerbmäßigen und gewohnheitsmäßigen Wucher hat der Gerichtshof auch einen Fall der versuchten Erpressung gegenüber dem Oberstabsarzt R. für festgestellt erachtet. Der Angeklagte hat hier die Tatsache, daß Oberstabsarzt R. aus Jrtum bona fide einen Wechsel falsch unterschrieben, zu einem Erpressungsakt zu benutzen versucht. In den übrigen Erpressungs- und Betrugsfällen erscheint eine Schuld des Angeklagten nicht genügend nachgewiesen. Bei der Strafabmessung hat das Gericht den großartigen Betrieb berücksichtigt, den der Angeklagte ins Werk gesetzt hat, offenbar in Kenntnis des Schicksals, das seiner Opfer harte, wenn sie in eine Geschäftsverbindung mit ihm traten. Andererseits ist es erwogen worden, daß der Angeklagte nicht wesentlich vorbestraft war und eine Reihe von Geschäften auch ganz kulant erledigt hat. Das Gericht erkannte deshalb auf eine Gesamtstrafe von ein Jahr, sechs Monaten Gefängnis, wovon ein Jahr als verbüßt abgerechnet wird, 1500 M. Geldstrafe eventuell noch 150 Tage Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust. Der Mitangeklagte Mittelhaus wurde freigesprochen.

Darf dem zu einer militärischen Übung eingezogenen Angestellten die Löhnung vom Gehalt gekürzt werden?

Der bei dem Drogenhändler Friedrich H. in Stellung befindliche Verkäufer Paul M. war am 11. Oktober d. J. zu einer vierwöchigen militärischen Übung einberufen worden. M. erhielt während der Übungszeit eine Löhnung von 85 Pf. pro Tag. Nach absolvierter Übung wollte der Prinzipal dem Angestellten den Betrag von 10 M. für die in der Übungszeit empfangene Löhnung kürzen, womit sich letzterer jedoch nicht einverstanden erklärte und auf Zahlung beim hiesigen Kaufmannsgericht klagte. Der beklagte Prinzipal führte nun der Verhandlung aus, er halte sich für berechtigt, dem Kläger diejenige Summe abzuziehen, die er in der während seiner Übung ausbezahlt habe.

Das Kaufmannsgericht erkannte das Verlangen des Beklagten auf Abzug der Löhnung nicht für berechtigt an, entschied vielmehr, dem Geleg entsprechend, daß dem Kläger das volle Gehalt für die Übungszeit zuzubilligen sei. Es komme hier der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches zur Anwendung, gemäß welchem dem Kläger das ganze Gehalt zustünde. Nur Krankentafelbeiträge kann der Chef vom Gehalt abziehen. Andere Bezüge, insbesondere die Löhnung des zur Übung eingezogenen Handlungsgesellen vom Gehalt zu kürzen, ist der Prinzipal nicht berechtigt.

Der beleidigte Lehrer.

Vor der 4. Strafkammer des Landgerichts II stand gestern in der Verurteilung gegen den Schullehrermeister Joseph Kühner wegen angeblicher Verleumdung des Lehrers Oskar Habermann zu Rixdorf Termin an. Der Angeklagte war am 17. April 1907 vom Rixdorfer Schöffengericht mit der Verurteilung, daß bei einem Lehrer die staatliche Autorität geküßt werden müsse, zu der hohen Strafe von 1 Woche Gefängnis verurteilt worden. Der Verteidiger legte dar, daß von einem Schutze der staatlichen Autorität umsoweniger die Rede sein könne, als Angeklagter und Beleidigter beide intime Duzfreunde gewesen seien und der Lehrer Oskar Habermann zugestandenemahnen den Angeklagten Kühner seit Jahren wiederholt um Geldbeträge angebetet hat. Die Verleumdungen lauteten: „Bezahle lieber Deine Schulden“, und „Du mußt Dich ja schämen zum Fenster hinauszuweisen“, sowie „Ein Schwein hat mehr Charakter als Du“. Das Gericht gab der Verurteilung statt und wandelte die Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe von 30 Mark um. Maßgebend waren die früheren engen Beziehungen der Parteien und der durch den Rektor Weinreich bestätigte Verkehr des Lehrers in Lokalen.

Moral und Mordat eines Landwirtssohns.

Vor dem Schwurgericht in Halle hatte sich am Mittwoch der 24-jährige Karl Künzinger von Rahny wegen Mordversuchs zu verantworten. Der Angeklagte hatte mit der im Hause seiner Eltern beschäftigten 17-jährigen Dienstmagd Anna Breuer ein Liebesverhältnis unterhalten, das nicht ohne Folgen geblieben. Er wollte aber nicht das Dienstmädchen, sondern nach dem Wunsche seiner Eltern eine wohlhabende Mühlenbesitzerstochter heiraten. Mit einer kaum glaublichen Raskheit hatte sich der Angeklagte darum bemüht, die Folgen des Liebesverhältnisses zu beseitigen. Eines Tages lief er in eine Apotheke und forderte dort einfach „für seine Cousine“ ein Abtreibungsmittel. Dann schickte er die Breuer in die königliche Klinik, um bei einem Arzte einen Rat zu holen. Aus der Apotheke wurde er natürlich hinausgejagt und dem Mädchen wurde in der Klinik gesagt, ob es sich vielleicht ins Ruchthaus bringen wolle. Zur Entbindung solle die Ratlose wieder kommen und unentgeltliche Hilfe finden. Gelegentlich eines Spaziergangs am Pfingstfestabend lockte der Angeklagte das Mädchen nach einem Waldchen an der alten Elster. Als sich das Mädchen dort im Grabe niedergelassen hatte, warf der Angeklagte dem Mädchen eine Windfadenklinge um den Hals, zog viermal zu und ließ dann sein bestimmungslos geordnetes Opfer in die Elster. Das Mädchen bekam aber im Wasser die Bestimmung wieder und rettete sich durch einen in dem Flusse treibenden Baumstamm, als der Täter sich bereits entfernt hatte. Da der Angeklagte zweifelsohne nicht zu den intelligentesten Menschen gehört, verneinte man die Ueberlegung und die Geschworenen billigten auch mildeere Umstände zu. Somit wurde der Angeklagte wegen Totschlagsversuchs zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Gäbe der verurteilte Landwirtssohn die Gerissenheit eines „Reisers“ besessen, so hätte er „Sachverständiger“ dafür benannt, daß in derlei gelagerten Fällen Abtreibung, Mord und Mordversuch der Sitte und Moral seiner Kreise entspreche und daß es ein Sündenstück für die deutsche Justiz wäre, wenn sie den verurteilten Mord nicht noch als patriotische Tat prämierte.

Vermischtes.

Der geisteskrante Prinz, Ueber eine Flucht des Prinzen Prosper v. Arenberg aus der Privatirrenanstalt von Dr. v. Grentwall in Kriewitz waren seit kurzem Redungen verbreitet. Es hieß, der Prinz sei mit seinem Gefolge und zwei Wärtern geflohen, kurz bevor seine von der Regierung beabsichtigte Ueberführung in

eine andere Irrenanstalt, die mehr Sicherheit gegen eine Flucht bietet, bevorstand. Wie wir dem „Berl. Tageblatt“ entnehmen, ist der Prinz auf Wunsch der Vormundschaft in eine andere geschlossene norddeutsche Privatirrenanstalt übergeführt worden. Die Ueberführung liegt schon einige Tage zurück und geschah „lediglich im Interesse des Patienten“, dessen Befinden zwar stets das gleiche geblieben ist, auf dessen Zustand aber ein Anstaltswechsel günstig wirken wird. — Der Prinz hatte, wie erinnerlich sein dürfte, in Südwestafrika einen Schwärzen auf schiefliche Weise zu Tode gemartert und war deshalb zunächst zum Tode und später zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt worden. Nicht lange aber drückte der edle Prinz die Gefängnisprüfung, und die kurze Zeit, in der er im Gefängnis zubringen mußte, machte er es sich sehr bequem. Im Gefängnis in Hannover hatte er sogar das Vergnügen, daß ihm Mädchen für die Nacht in die Zelle geschickt wurden. Das wurde rühmlich und Prosper kam nach Tegel. Seine vier innegehabte Zelle wurde übrigens nach ihm von einem unserer Kollegen bezogen. „Durchlaucht“ brauchte aber auch in Tegel nicht lange zu bleiben, seine einflussreichen Verwandten erreichten im Wiederaufnahmeverfahren, daß der Prinz für unzurechnungsfähig erklärt wurde. Und ist mitgeteilt worden, daß Durchlaucht es mit dem Aufenthalt in der Anstalt nicht sehr genau nehme. Man will ihn sogar mehr wie einmal in Berlin gesehen haben.

Signalisierte Erdbeben. Die Apparate der Hamburger Hauptstation für Erdbebenforschung registrierten in den letzten Tagen wiederum mehrere Erdbeben. Kleinere Erdbeben wurden aufgezeichnet am 2. Juli gegen 4 Uhr 53 Minuten und 5 Uhr 18 Minuten bis kurz vor 6 Uhr nachmittags und am 3. Juli von 8 Uhr 17 Minuten bis 8 Uhr 38 Minuten abends und nachts gegen 1 1/2 bis 2 1/2 Uhr. Gestern vormittag 10 Uhr 28 Minuten 40 Sekunden begam dann abermals ein etwas stärkeres Erdbeben, das in einer Entfernung von vielleicht 6000 Kilometern von hier stattgefunden haben muß. Das Maximum begam gegen 10 Uhr 40 Minuten. Die Aufzeichnung endete gegen 11 Uhr 30 Minuten vormittags.

Die Genickstarre in Gelsenkirchen. Eine Genickstarre-Epidemie ist, der „Dortmunder Zeitung“ zufolge, in Gelsenkirchen ausgebrochen. In den letzten drei Tagen wurden 25 Personen in das Krankenhaus eingeliefert. Die Kinder sämtlicher Schulen werden untersucht werden. Vorsichtsmaßregeln sind getroffen.

Ein Zusammenstoß eines Güterzuges mit einem Personenzug fand vorgestern abend auf der Kleinbahnstrecke Großenhain-Kottbus in der Nähe des Gutes Tschepshnow statt. Der von Kottbus kommende Personenzug fuhr gegen 9 Uhr abends auf den vor der Station haltenden Güterzug auf, und zwar mit solcher Gewalt, daß die fünf Schlußwagen aus den Schienen gehoben wurden und in den neben dem Bahndamm entlang führenden Graben stürzten. Die Maschine des Personenzuges wurde stark beschädigt. Von den Fahrgästen erlitten zwei leichtere Verletzungen. Der Verkehr zwischen Kottbus und Großenhain konnte nur mittels Umsteigens aufrecht erhalten werden.

Ungeklärter Hagel und Gewitter in Ungarn. Aus allen Landesteilen treffen Meldungen über Hagelschläge ein, die an der Ernte großen Schaden angerichtet haben. Mehrere Personen sind durch Blitzschläge getötet worden.

Abgestürzt. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Jakopane (Galizien): Der deutsche Artillerieoffizier Schöneberg aus Erfurt, der ohne Führer mehrere Bergtouren in die Tatras unternahm, stürzte von der Eminenzspitze herab. Die Leiche des Offiziers wurde in der unterhalb des Berges befindlichen Walde aufgefunden.

Ein Millionendieb, der sich fassen ließ. Die Athener Polizei verhaftete einen Franzosen namens de Lorine, der in Frankreich bedeutende Unterschlagungen verübt hat. Soweit bekannt, sollen sich dieselben auf fünf Millionen Franz belaufen.

Der mauffindbare Milliardenär. Wie aus Chicago gemeldet wird, haben die Gerichtsmarktschäfte seit einiger Zeit Rockefeller gesucht, um ihm eine Vorladung zuzustellen, nach der er dem Bezirksrichter über die finanzielle Lage der Standard-Oil-Company Auskunft erteilen soll.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Erbschaftsliste Friedr. v. 10. Jahrgang 4, eine Treppe (Handelskammer-Vereinbarung, Durchgang aus Lindenstr. 104) wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt, geöffnet 7 Uhr. Sonntags beginnt die Erbschaftsliste um 8 Uhr. Jeder Antrags ist ein Nachtrag und eine Zahl als Verzeichnis beizubringen. Briefliche Antworten sind nicht erbeten. Eilige Fragen trage man in der Erbschaftsliste vor.

§. 99. 1. Kiel. 2. Zwei Jahre. 3. Rotfalten-Uniform. — §. 333. Sehen Sie sich mit dem Gemeinheitssekretariat Stettin, Dismarckstr. 9, in Verbindung. — R. G. 50. 9-5 des Bodentages, 9-12 des Sonntags sind vom hiesigen Gericht als angemessene Beschäftigungszeiten erachtet. — R. G. 113. Klagen Sie beim Amtsgericht auf Abstellung der Ritzhände und auf Schadenersatz. — R. G. 2. 1. Militär-Personaldienst. 2. Es müssen Sie klagen. 3. Ja, aber der Beklagte kann Widerspruch erheben. — §. 6. 158. 1. Lassen Sie sich das Urteil ausstellen. 2. Der Fall ist zweifelhaft. Beantragen Sie bei der Gewerbe-Deputation, Straßburgerstraße 1-3, Verurteilung. 3. Nein. — §. 1. Franz. Kart. 1. Wenn im Vertrage allgemein eine vierzehntägige Kündigungsfrist vereinbart ist, so kann diese an jedem Tage beginnen, nicht nur am 15. 2. Ein Grund zum Verlassen des Dienstes ist der von Ihnen vorgetragene nur, wenn es besonders vereinbart ist. Für Dienstbotenklagen ist nicht das Gewerbegericht, sondern das Amtsgericht zuständig. 3. Nein, der Generalkommission gehören Arbeiter, nicht Arbeitgebervereine an. — R. G. 14. 1. Ja. 2. Nein. — R. G. 8. Sacht ist jemand, dem die Ausübung von Gewerkschaften wahlloses Vergnügen bereitet. — §. 15. Uns nicht bekannt. Beschuldigen Sie in jeder Klosterabtei. — R. G. 200. Den Kindern steht ein Erbschaft zu. Durch Testament können die Kinder auf Pflichten (das ist die Hälfte der geschlichen Portion) gesetzt werden. Die geschliche Portion beträgt drei Viertel des Nachlasses. — §. 19. Der Richter stellt ein Recht auf Erhaltung aus Vertragsmarken ihrer Tochter nicht zu. — Sozialist 1907. 1. Nein. 2. Eine Klage kann von Ihnen versucht werden; der Erfolg ist aber ein sehr zweifelhafter für Sie. — §. 17. Lassen Sie es auf eine Klage ankommen. Der Kläger hätte zu beweisen, daß durch Außerachtlassen Ihrer Aufsichtspflicht der Schaden entstanden ist. — §. 34. 1. Klagen Sie schleunigst beim Amtsgericht Konig auf Zahlung. 2. Bewahren Sie sich aber die dortige Polizeibehörde beim Regierungspräsidenten. Lassen Sie sich ferner hier eine neue Karte ausstellen (unter Darlegung des Sachverhalts). — Wehner. 1. Es darf nur für zwei Lohnzahlungsperioden der Abzug erfolgen. 2. Ja, außerdem sind die für 5 Monate gemachten Abzüge zurückzuzahlen.

Witterungsübersicht vom 4. Juli 1907, morgens 8 Uhr.

Table with 7 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G. u. P. and a second set of columns for the same data. Rows include Swinemünde, Danzig, Berlin, Frankfurt a.M., Rastatt, and Wien.

Wetter-Prognose für Freitag, den 5. Juli 1907.

Wärmer, zunächst vielfach heiter bei ziemlich höchsten südlichen Winden; später zunehmende Bewölkung und Gewitterneigung. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 4. Juli vorm. Elbe bei Magdeburg — Meter, bei Dresden — 1,30 m. — Elbe bei Regensburg 1,31 Meter. — Oder bei Rastatt — Meter. — Oder bei Berlin — 1,40 Meter. — Oder bei Beleg 1,80 Meter. — Rheinhöhe 1,05 Meter. — Rhein, 3. Juli. Rhein bei Bonn 2,94 + 0,02 Meter. Einzig, 3. Juli. Rheinhöhe 3,57 + 0,05 Meter.



Kaufhaus Max Mannheim

Ecke Königsberger Strasse • Frankfurter Allee 109-110 • Ecke Königsberger Strasse

Großer Saison-Räumungs-Verkauf in allen Abteilungen.

Unerreicht billige Einkaufsgelegenheit für Reise- und Landaufenthalt.

Damen-Konfektion.

Ein Posten Kleider, nur streng moderne Fassons, aus Musseline, musselinartigen Stoffen, Cheviots und Satintuchen (darunter auch Einsegnungs- und Prüfungskleider)

Serie	I	II	III	IV	V
	6 ⁹⁵	9	12 ⁵⁰	16	21
Wert bis	10.—	14.—	18.75	23.50	34.75

Ein Posten Jacken-Kostume, in den mod. Fassons, aus prima Tuch, Cheviots und englischen Stoffen

Serie	I	II	III	IV	V
	9	16	25	35	52
Wert bis	24.—	38.—	45.—	59.—	90.—

Ein Posten eleganter Blusen mit Stichblenden und Spartel-Passen, reich mit Säumchen garniert, ganz auf Futter, aus vorzüglichen Musselinestoffen, in hellen und dunklen Dessins

Serie	I	II	III	IV	V
	4 ⁷⁵	5 ⁸⁵	6 ⁶⁵	7 ⁵⁰	8 ⁹⁵
Wert bis	7.75	9.—	10.75	11.95	13.50

Ein Posten rein seidene Blusen, hochschick und modern, solange der Vorrat reicht, für die Hälfte des realen Wertes

Serie	I	II	III
	6	9	13 ⁵⁰
Wert bis	13.—	20.—	30.—

Schuhwaren.

Schwarze und braune **Damen- und Herren-Stiefel**

Serie	I	II	III	IV
	6.50	9.50	11.50	13.50
Wert bis	9.50	12.50	15.50	18.50

Segeltuch und Lasting **Damen-Stiefel**

Serie	I	II
	3.50	4.50
Wert bis	4.50	5.50

Schwarze und braune **Kinder-Stiefel**

Serie I	25/30	27/30	31/35	Serie II	25/26	27/30	31/35
	3.90	4.50	4.90		5.25	6.25	7.25
Wert bis	4.75	5.50	6.50		7.50	8.50	9.50

Braune Rindleder-**Sandalen**

Größe	25/30	27/30	31/35	36/42	43/47
	2.50	2.90	3.50	3.90	4.90

Herren-Artikel.

Bunte Oberhemden, bisheriger Preis 2.90 bis 3.75, jetzt Stück **1.75**
Bunte Oberhemden, bisheriger Preis 3.95 bis 4.75, jetzt Stück **2.90**
Herren-Strohhüte, bisheriger Preis 0.95 bis 1.35, jetzt Stück **0.75**
Ein Posten Westengürtel, bisheriger Preis 0.95 bis 1.45, jetzt Stück **0.75**
Wasch-Westen, bisheriger Preis 2.90 bis 4.—, jetzt Stück **1.85**

Ein Posten Sonnenschirme, bisheriger Preis 3.25 bis 5.75, jetzt Stück **2.25**
Eine Partie Regenschirme, verschiedene Qualitäten, Stück **2.45**

Trikotagen.

Herren-Hemden imit. Macco 1.25 1.10 0.85

Herren-Hemden echt Macco 2.60 2.35 2.15

Damen-Strümpfe
 schwarz, engl., lang Paar 38 18 Pf.
 geringelt " " " 42 28 "
 schwarz, deutsch, lang gestrickt ohne Naht " 45 25 "

Herren-Hosen imit. Macco 1.20 0.95 0.75
Herren-Hosen echt Macco 2.25 2.00 1.75
Herren-Socken
 Macco Paar 25, 18 Pf.
 schwarz und leder " 45, 25 "
 Schweiß-Socken " 50, 25 "

Reise-Kartons mit halbem Lederriemen 75 Pf. 2.75, 2.50, 2.25
Reise-Koffer Segeltuch 3.95, 3.50 2.95
 Faltenkoffer 8.25, 7.50, 6.65
Reise-Taschen Imitiert Leder, kofferartig 3.95, 3.25, 2.45
 Leder, kofferartig 8.50, 6.50, 4.25

Unterröcke

Ein großer Posten **Leinen-Unterröcke**, reich mit Spitzen garniert, Serie I II III per Stück **2.95 2.75 1.65**

Ein großer Posten **Alpaca-Unterröcke** mit pliss. Volant, auch mit Tressen- und Bördchenbesatz, Wert 6.50 jetzt **4.50**

Extra-Preise für Damengürtel.

Gummi-Gürtel	Goldband-Gürtel	Gold-Gummi-Gürtel
6 cm breit, mit Stahl-points	mit Satin eingefaßt, 6 cm breit	mit entzückenden Blumen, 6 cm breit
0.38	0.50	1.45

Solange der Vorrat reicht.

Damen-Putz.

Ein großer Posten Modell- und andere Hüte, herabgesetzt bis zur Hälfte des Wertes. In dieser Woche werden Hüte, sobald Zutaten bei mir gekauft, gratis garniert.

Sonnen- und Regenschirme.

Ein Posten Sonnenschirme, bisheriger Preis 3.25 bis 5.75, jetzt Stück **2.25**
Eine Partie Regenschirme, verschiedene Qualitäten, Stück **2.45**

Herren-Konfektion

Ganz besonders preiswert!

Herren-Bukskin-Hosen	Serie I	II	III
	2.85	3.85	4.85
Herren-Bukskin-Anzüge (Ersatz für Maß)	12.—	18.—	25.—
Schwarze Sommer-Saccos	6.—	4.50	2.25
Schilf-Leinen-Joppen	3.—	2.—	0.95

Sommer-Loden-Joppen von 3 Mark an.

Knaben-Konfektion

Knaben-Wasch-Anzüge, bedeutend herabgesetzt, von 1.25 an.
 Knaben-Stoff-Anzüge für das Alter von drei Jahren 1.50.

Verband der Steinsetzer, Pflasterer u. Berufsgenossen

Deutschlands. Sonntag, den 7. Juli, vormittags 9 Uhr, in Wilkes Lokal, Brunnenstraße Nr. 188:

Kombinierte Mitglieder-Versammlung sämtl. Unterbezirke der Filialen Groß-Berlins I, II, III. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen A. Knoll. 2. Diskussion. 3. Wahlen a) des besoldeten Sekretärs, b) des Verwaltungsausschusses, c) der Revisoren. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist zahlreiche Beteiligung zu erwarten. Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt. Die Ortsverwaltung. Z. N.: D. Sepernid, E. Hauschild, P. Schende.

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin. Sonntag, den 7. Juli, vormittags 10 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11:

Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung vom Gantage. 2. Stellungnahme zum Stiftungsfest. 3. Verbandsangelegenheiten. 57/1

Tischler-Verein zu Berlin.

(E. D. Nr. 89.) Sonnabend, den 6. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15: Zahlabend.

Ausgabe der Billets zu der am Sonntag, den 7. Juli, nach Regenfeld bei Zehlendorf stattfindenden Dampferpartie. Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 7. Juli, vormittags 10 Uhr:

Allgemeine Versammlung

der Bauanschlager Berlins und Umgegend im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15. Tages-Ordnung: 1. Bericht vom Verbandstag in München. 2. Diskussion. 3. Branchenanglegenheiten. 121/12

Die Billets zur Dampferpartie am 15. Juli werden in der Versammlung ausgegeben. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung. Zahlreichen Besuch erwartet.

Freie Vereinigung der Musikinstrumenten-Arbeiter

Berlins und Umgegend. Montag, den 8. Juli, abends 6 Uhr:

Delegierten-Versammlung

bei Graumann, Raunynstraße 27. Tages-Ordnung: 1. Die augenblickliche Lage in unserem Beruf und unsere Stellung dazu. Referent: Kollege Pipenhagen. 2. Diskussion. 3. Organisationsangelegenheiten. Wegen der wichtigen Tagesordnung muß jede Fabrik vertreten sein. 141/15

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Einsetzer.

Montag, den 8. Juli:

Dampferpartie nach Rauchfangswerder

Die Kollegen werden ersucht, die Billets am Sonntag zu berechnen. Die Bezirksversammlung für den 2. Bezirk findet am Sonntag, den 7. Juli, bei 9 u 13 statt. 98/18

Täglich (außer Sonntags) Billige Dampferfahrten mit Musik.

Von d. Waisenhofbrücke nach Voigts Krampenburger (Berliner Alpen). Abfahrt vorm. 9 1/2, und nachm. 2 1/2 Uhr, ab Café Alsen 1/2 St. später. Fahrpreis hin und zurück vorm. 75 Pf., nachm. 50 Pf., Kinder 25 Pf. Reederei L. Kahnt, Tel.-Amt VII, 580 u. 13 459.

Jedes Jenensia-Rad ein Meisterwerk deutscher Technik.

— Teilzahlung! — Zwei Jahre Garantie! — Sozial-Räder ab 60.—, Sozial-Luxus mit Preislauf ab 95.—. Gebrauchte Räder billig! — Fahrradzubehör billig! Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten!

23, R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Der Verkauf aus der Jacques Cohn'schen Concurs-Masse

sowie anderer Waren

beginnt heute Freitag, 5., vormittags 9 Uhr.

Verkaufszeit von 9 bis 1 und 3 bis 8 Uhr.

Modewarenhaus Jacques Cohn

Müller-Strasse 182-183 und Seller-Strasse 35.

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (festgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (festgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit farbensechlerhabilit. Niederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. kein Laden. Rauerhoff. +1
Teppiche! (leberbaste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Godefr. Markt 4, Bahnhof Dörf. 261/11
Räder, Teilzahlungen. Invalidenstraße 29, Stahlstraße 40.
Gasföcherhaus!!! Ingolochgasföcher! 3,00. Gasföcher Spargasföcher 5,00. Gasföcherapparat! Gasplättchen! Schneidmesser! Spottbillig! Bronzegastromen! Gasglocken! 9,00. Gasglocken! 1 1/2. Wohlaue, Kallnertheaterstraße 32.
Schlichter, modern, gute Lage. Goldenerstraße 33. 256/48
Nähmaschinen. Jede höchste Verfertigung. Fabriklager aller Systeme. Wenig gebrauchte billig. Gruba, Rosenfelderstraße 19, Filiale: Chormierstraße 26. 167/22

Männungsverkauf. Pfandleihhaus, Weidenweg neunzehn, extra billig. 46/10*
Pfandleihhaus! Herrensachen, Bettenverkauf, Brautbetten, Vermietungsbett, Pfänderverkauf, Bettstühle, Nähmaschinen, Aussteuerwäse, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Goldsachen, Uhrenverkauf, Fadeltanzstange, Gebrodenzänge, Sommerpaletots.
Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5,00, Hosen von 1,50, Gebrodenzänge von 12,00, Hands von 2,50, sowie für torpente Figuren. Neue Garbemode zu namend billigen Preisen, aus Pfandleihen verlassene Sachen kauft man am billigsten bei Rob. Mulackstraße 14. 165/45*
Restaurant. Saal, Beringerzimmer, umständlicher sofort preiswert zu verkaufen. Offerten A. L. Pachtexpedition Wilmersdorf, Berlin, Straße 46. 71/45*
Gediegene Tischgarnituren, Tischstühle 60.—, Trumeaux, geschliffen, mit Stufe 32.—, Büchertische 65.—, einladende farbige Rücken 60.—, Büfett, Salons, Schlafzimmer, Herrenzimmer, Speisezimmer, größte Auswahl, viele Rasterzimmer, billigste Preise, eigene Werkstätten. Tischgarnitur, Stahlerstraße 25. 249/28*
Salon. Extraverkauf! Antiquarische Verzierstücke, Porzellan, Steppdecken, Schlafdecken usw. Teppichhaus Emil Refosse, Oranienstraße 158. 253/88*
Tandem, kaum benutzt, 70 Mark. Holz, Blumenstraße 36b. 256/68*
Parteilokal sofort zu verkaufen, Zahlstelle und Werkstätten, passend für Anfänger. Pirschstraße 10. 71/31

Räder, neue, gebrauchte (erkaffige) billig! Produktiv-Einkaufsgenossenschaft, Oberbergerstraße 30.
Gebrauchte Betten, Steppdecken, Teppiche, Gardinen, Regulatoren, Remontiermaschinen, Bilder, Spiegel spottbillig. Lude, Grünbergweg 113.
Piano, freuzstimmig 140.—, Turmstraße 8 I. 48/9*
Anzüge, Paletots und zurückgelegte Kleidungsstücke kommen billig zum Verkauf. Händler nebenbei. Friederichstraße 213 I. 748/5
Damenhemden, Herrensachen, mit gestickter Kasse 1,25, Herrenhemden 1,30, Ausstattungen sowie eleganteste Reifemuster spottbillig. Wäschefabrik Salomonstraße, Drosselstraße 21, Alexanderplatz. 227/15
Sittener Nähmaschinen ohne Anzahlgang, wöchentlich 1,00. Reparaturen billig. Bienenstraße 1-6, Warschauerstraße 67, Kaserstraße 111.
Schwestern verkaufen sämtliche neuen Möbel, Kallertischen, Trumeaux, Schreibtisch, Schmelz, Wasserstraße 53, Portier. 167/7b
Zigarren. Delegationen, 5 Pennige für 2,50, 8 für 3 Mark, so lange Vorrat, Beuthstraße, Ede Kommandantenstraße. 167/85*
Rahrad 65,00, sofort verkauft Böbe, Nachstraße 270 III. 742

Vernt die Rutterprache beherrschend! Erfolgreichen, leicht lesbaren Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (Separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.
Varentauwall Wessel, Gellikerstraße 94a. 255/88*
Strumpf-Anstreicherei Rathdorfstr. 3.
Saal zu Gemerkschaftszwecken. Lehmann, Liebenwalderstraße 36. 787
Saal für 800 Personen noch einige Sommerabende und Sonntage Juli-August zu kalanten Bedingungen frei. „Velleue“ Wollersdorfer Schloß.
Vermietungen.
Bureauräume für Gemerkschaften im Hause Engel-Ufer, neben dem Durchgang der Löper und Tapexlerer gelegen, zu vermieten. Vorderzimmer monatlich 18 Mark, Hinterzimmer 12 Mark. Verwaltung des Gemerkschaftshauses. 257/18
Wohnungen.
Vorderwohnungen, renovierte, von 22,25 an. (3 Zimmer, Juchede 32,75.) Hermannstraße 210. 1646/15
Zetren billige, neuvermählte Wohnungen von 16,50 an. (Zwei Zimmer, Juchede 24.—) Vorderhaus: drei Zimmer, Balkon nur 41,75. Gärtelstraße 27. (Bahnhof: Stralander-Hummelsburg, Frankfurter Allee.)

Schöne, billige Wohnungen Solbinderstraße 32/34. 256/81*
Zimmer.
Möbliertes Zimmer für einen oder zwei Herren zu vermieten. Kolbergstraße 28, III. 11905*
Zweifelhafte gut möbliertes Zimmer (ruhiges Haus) bei Parteilgenossen an ein oder zwei Herren zu vermieten, Bringenstraße 36, noch 2 Treppen links. 721
Schlafstellen.
Separate Schlafstelle, Kollisch, Eisenbahnstraße 31, Hof I. 720
Bessere Schlafstelle, Herr oder Dame, Mittelstraße 124, parterre, Bohlnad. 167/86
Schlafstelle vermietet Genossen Ray, Stargarderstraße 81. 706
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Uhrmacher sucht Arbeit. Alle Jakobstraße 32. 1657b
Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. H. Müller, Rulandstraße 27. 1468b
Stellenangebote.
Tüchtigen Hefe auf Dandeshlag verlangen der sofort Qual u. Willard, Berlin O., Gellikerstraße 20. 742*
Schweizerbecken und Seher, längere, sucht Kallertisch, Auguste Viktoriastraße 40 I. 1079b

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Bringenstraße 41. 47/20*
Im Arbeitsmarkt durch besondere Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.
Für die Konsum-Genossenschaft Königs-Wusterhausen wird eine tüchtige Verkäuferin
zu sofort gesucht. 128/7
Bewerbungen sind an C. Krause daselbst Lindenwalderstr. 3 zu richten.
Zentralverband der Böttcher und Hilfsarbeiter Deutschlands. Filiale Berlin.
Wegen Ausperrung und Lohn-differenzen ist die Chemische Fabrik auf Aktien, vormals E. Schering, Abteilung Müllerstraße und Jungfernhelde (Charlottenburg), sowie die Böttcherei von Hinze bis auf weiteres gesperrt.
Die Firma sucht durch Annoncen in der „Vorwärts“ sowie im „Lokal-Anzeiger“ tüchtige Böttcher für 52 Pf. Stundenlohn. Wir erlauben die Kollegen, auf dieses Inserat hin keine Arbeit zu nehmen. 39/9
Der Vorstand.
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Nieder-Dehne—Neue Mühle. Den Parteigenossen obiger Orte zur Kenntnis, daß der Jahlabend am Sonnabend, den 6. Juli, abends 8 Uhr, im bekannten Lokale stattfindet.

Waidmannslust und Umgegend. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Sonnabend, den 6. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in Hermsdorf (Forsthaus), Auguste-Viktoriastraße 18 statt.

Großbeeren (Kreis Teltow). Am Sonntag, den 7. Juli, Punkt 6 Uhr, findet im Lokale des Herrn Heinze eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins für Großbeeren und Umgegend statt.

Berliner Nachrichten.

Seen-Wanderung.

Vom Bahnhofe in Wannsee verfolgen wir die nach Potsdam führende Chaussee, bis rechts die Große Seestraße ins Villenviertel abbiegt. Sie wendet sich bald rechts ab und senkt sich zum „Schwedischen Pavillon“ gegen den See herab.

Die neuen Wasserstandsbedingungen. Die neu eingerichtete Verbreitung von Nachrichten über die Wasserstands- und Eisverhältnisse der Flüsse durch die öffentlichen Wetterdienststellen.

Der Plan einer Elektrizitätssteuer hat in den Kreisen der Berliner Handwerker lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen. Wie wir hören, wird die Berliner Handwerkskammer sich mit der Angelegenheit beschäftigen.

Eine Gesellschaftsfahrt nach dem romantischen Liepnitzsee bei Bernau, sowie nach Wandlitz und Lanke veranstaltet am kommenden Sonntag, den 7. Juli, die Große Berliner Motor-Omnibus-Gesellschaft.

und zurück 3,50 M. und Berlin—Lanke und zurück 4,50 M.; Kinder unter 10 Jahren fahren zum halben Preise.

Berliner Auto-Verein für Obdachlose. Im Monat Juni nächstigen im Männerasyl 20625 Personen, wovon 8703 badeten, im Frauenasyl 2632 Personen, wovon 1002 badeten.

Eigenartige Dreiräder für den Postgebrauch sind seit einiger Zeit bei mehreren Berliner Käufern probeweise in Betrieb genommen. Es handelt sich hierbei um Automobildreiräder, die mittels Akkumulatoren ihren Antrieb erhalten.

Eine kostbare Bibliothek gefährdet.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht das „Berliner Tageblatt“ aus wissenschaftlichen Kreisen einen Vorkämpfer, der sich auf die primitiven Zustände der Treptower Sternwarte bezieht.

Der Direktor und sein Stab arbeiten in Räumen, die ihrer unwürdig sind. Betonfußböden in den Arbeitszimmern, kaum hier und da mit einer dünnen Decke bedeckt, Holzwände, an denen das Wasser herabfließt.

Und der Neubau ist so nötig. Eine der kostbarsten Bibliotheken Berlins ist in dem alten Bau schwer gefährdet. Oben in den beiden engen Räumen des ersten Stocks steht sie, das Lebenswerk ihres Besitzers.

Wer einmal eine Bibliothek mitbewartet hat, der weiß, daß man mit alten Büchern umgehen muß wie mit Patienten, wenn man sie erhalten will. Gleichmäßige Wärme und trockene Luft sind unbedingt nötig.

Es ist traurig zu sehen, daß ein Institut, dessen Wert jedem greifbar vor Augen liegt, im Lande der Dichter und Denker so ein seine Existenz kämpfen muß.

Der „päpstliche Hofbankier“. Ueber die Unterschlagungen des Bankiers Ritz, des „päpstlichen Hofbankiers“, wie er wegen seiner liberalen Klientel allgemein genannt wurde, erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Im Hause Wilhelmstr. 43, in dem die Geschäftsräume des verhafteten Defraudanten liegen, finden sich noch tagtäglich Gläubiger ein, die teilweise um ganz bedeutende Summen betrogen worden sind.

Seit Jahren haben Spree und Havel um diese Zeit keinen so hohen Wasserstand gehabt, wie in diesen Tagen. An vielen Stellen sind beide Flüsse aus ihren Ufern getreten. Niedrig gelegene Diefen stehen unter Wasser und können nicht betreten werden.

Aus dem Gefängnis entwichen im 22jährige Arbeiter Joseph D. Der junge Mensch war in dem Amtsgericht in Weihensee interniert, wo er eine Strafe zu verbüßen hatte.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich gestern nachmittags an der Ecke der Potsdamer- und Vinskaheerstraße zugetragen. Der Monteur Oberbürger, Alvenslebenstr. 2 wohnhaft, hatte an der erwähnten Kreuzung den Fahrdamm überschreiten wollen, als ein Automobil in rascher Fahrt nahte.

Im Müggelsee ertrunken ist vorgestern ein unbekannter Mann, welcher in einem Reissboot eine Ausfahrt unternommen hatte. Das Fahrzeug geriet in die kleine Riegel, wo es infolge des durch steifen Wind herbeigeführten hohen Wellenganges umgeworfen wurde.

Die starken Regengüsse der letzten Tage haben in Kaulsdorf eine Dammbrüchung herbeigeführt. Am Mittwoch wurde auf dem ferngelegenen Kaulsdorf—Berlin der Betrieb unterbrochen. Die in der Richtung von Strausberg nach Berlin fahrenden Fern- und Vorortzüge mußten von Kaulsdorf über Lichtberg nach dem Schlesienschen Bahnhof geleitet werden.

Selbstmordversuch im Café. Großes Aufsehen verursachte in der gestrigen Nacht in dem Café Schüler, An der Spandauer Brücke 4/5 die Tat eines Lebensmüden. Ein etwa 26 Jahre alter unbekannter Mann hatte an einem der Tische eine Tasse Kaffee getrunken und als er damit fertig war, zog er plötzlich einen Revolver aus der Brusttasche hervor und jagte sich eine Kugel in die Brust.

In der Laubenkolonie „Kamerun“ wurde der Monteur August Kunde, 1870 geboren, mit dem Gesicht nach unten in einer Pfütze liegend tot aufgefunden. Merkmale, die auf einen gewaltsamen Tod schließen lassen, wurden nicht wahrgenommen.

Ein tragisches Geschehnis. Gestern mittags 1 Uhr verstarb plötzlich an Herzschlag auf dem Treppenaufgang des Anhalter Bahnhofes der Birkenermeister Gustav Kühn aus Wabulga.

Ein Knabe ertrunken. In der Nähe der unteren Freiarchenbrücke am Gartenufer wurde die Leiche des zehnjährigen Gustav Kruschke, Sohn des Arbeiters Kruschke, Rostitzer. 12, aus dem Landwehrkanal gelandet.

Die Kinderspiele des Arbeiter-Turnvereins „Fichte“, die alljährlich im Hochsommer an den Sonntagen veranstaltet werden, haben am 30. Juni wieder begonnen.

Die Gelegenheit, sich in Bewegungsspielen zu tummeln, ist ja heute für die Kinder Berlins innerlich schon etwas weniger spärlich als sie es z. B. noch vor einem halben Jahrzehnt war.

Gespielt wird am Sonntag, den 7. Juli: Friedrichshain von 9—12 Uhr vormittags, Sportplatz Behmstraße (Ecke Wellermannstraße) von 9—12 Uhr vormittags, Treptow von 8 bis 11 Uhr vormittags, Jungfernheide von 8—11 Uhr vormittags.

Wer ist der Tote? Am 1. Juli nachmittags gegen 11 1/2 Uhr wurde vor dem Hause Jossenerstr. 27 ein etwa 70 Jahre alter, dem Arbeiterstande angehörender und unbekannter Mann brennungslos aufgefunden.

Das Pappentheater bringt für den Monat Juli ein ganz neues Programm, in welchem alles Mögliche berücksichtigt ist. Als ein ge-

